

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR  
FASCHISMUS- UND  
WELTKRIEGSFORSCHUNG e. V.**

**BULLETIN  
Nr. 2**

**1994**

**BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND WELTKRIEGSFORSCHUNG**  
**e. V.**

**BULLETIN**

**Nr. 2**

**Inhalt**

Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1994	2
Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus. Tagungsprogramm	3
Werner Röhr Herrschaft und Alltag. Ein Bericht	4
Gerhart Hass Tagung des Komitees der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges	22
Brigitte Berlekamp	
Veröffentlichungen der Mitglieder der Gesellschaft der Jahre 1992 und 1993	27
Bericht des Vorstandes an die Mitgliederversammlung 1994	45

[2:]

*Veranstaltungen im ersten Halbjahr 1994*

1. 5. Februar 1994  
Wissenschaftliche Konferenz  
**„Unfreie Arbeit im deutschen Faschismus – Probleme der Arbeitsverfassung des ‚Dritten Reiches‘: Von der Dienstverpflichtung zur ‚Vernichtung durch Arbeit‘“**
2. 8. März 1994  
Vortrag von Alfred Streim (Ludwigsburg) zum Thema  
**„Die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg - Entstehung, Aufgaben, Tätigkeit, Bestände“**
3. 12. April 1994  
Vortrag von Prof. Dr. Gerhard Baader (Berlin) zum Thema  
**„Faschismus und Rassenhygiene“**
4. 10. Mai 1994  
Vortrag von Prof. Dr. Gerhart Hass (Berlin) zum Thema  
**„Die Blockade Leningrads - 50 Jahre danach“**
5. 7. Juni 1994  
Werkstattgespräch mit Dr. sc. Werner Röhr zum Thema  
**„Kollaboration mit den Achsenmächten im 2. Weltkrieg - Landesverrat oder patriotische Tat?“**

[3:]

## UNFREIE ARBEIT IM DEUTSCHEN FASCHISMUS

### Probleme der Arbeitsverfassung des 'Dritten Reiches': Von der Dienstverpflichtung zur ,Vernichtung durch Arbeit‘

Wissenschaftliche Jahreskonferenz der BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND  
WELTKRIEGSFORSCHUNG

am Sonnabend, dem 5. Februar 1994 um 10 Uhr im Plenarsaal der Berlin-Brandenburgischen Aka-  
demie der Wissenschaften, Jägerstr. 22/23, 10117 Berlin

#### Tagungsprogramm

(Änderungen vorbehalten)

Vormittagssektion: **Kriegswirtschaft und Arbeitsverfassung**

10.00 Dietrich **Eichholtz** (Berlin): Freie und unfreie Arbeit in der Arbeitsverfassung in der Wirtschaft  
des „Dritten Reiches“

10.30 Diskussion

11.00 Miroslav **Karny** (Prag): Überlegungen zur Rolle der „Vernichtung durch Arbeit“ in der deut-  
schen Kriegswirtschaft

11.30 Edith **Raim** (Durham) Träger unfreier Arbeit - die Rolle der Organisation Todt in der Zwangs-  
arbeit

12.00 Diskussion

12.30 Mittagspause

Nachmittagssektion: **Methodische Probleme der Forschungen zur Arbeitsverfassung**

14.00 Karl Heinz **Roth** (Hamburg): Von der Dienstverpflichtung zur „Vernichtung durch Arbeit“ –  
methodische Probleme

14.30 Rüdiger **Hachtmann** (Berlin): Probleme der Frauenarbeit

15.00 Kaffeepause

15.20 Manfred **Grieger** (Bochum): Unfreie Arbeit bei VW - Modell oder Ausnahme?

15.40 Abschlußdiskussion

17.00 Kaffeepause

17.30 Jahresmitgliederversammlung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsfor-  
schung e. V.

[4:]

Werner Röhr

#### **Herrschaft und Alltag. Ein Bericht**

#### I

Fragen der regionalen Sozialgeschichte des deutschen Volkes während der faschistischen Diktatur  
war eine wissenschaftliche Konferenz gewidmet, die von der **Berliner Gesellschaft für Faschismus-  
und Weltkriegsforschung e.V.** gemeinsam mit dem **Projekt Widerstand und Verweigerung im Saar-  
land 1935-1945** am 11. Mai 1993 in Berlin veranstaltet wurde. In ihrer ersten Sektion ging es um die  
Spezifik, die Tragfähigkeit und Verallgemeinerbarkeit von Ergebnissen regionaler Sozialgeschichts-  
forschung, erörtert anhand des Konzepts, der Ergebnisse und Probleme eines derartigen Projektes.

Von den zahlreichen Arbeiten regionaler deutscher Geschichte der Jahre 1933-45 war das *Forschungsprojekt Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945* aus mehreren Gründen gewählt worden: Seine Ergebnisse weisen den neuesten Forschungsstand aus. Sie sind jedoch bisher über die behandelte Region hinaus kaum rezipiert worden. Aufnahme und Auseinandersetzung mit seinen Resultaten sind erschwert, weil diese wie manche andere regionale Studie noch immer im Schatten des Bayern-Projektes stehen. Kurzum, die bei allem kritischen Bezug auf das Bayern-Projekt eigenständige und weiterführende Konzeption für eine regionale Sozialgeschichtsforschung hebt dieses Projekt aus der Masse regionaler Studien ebenso heraus wie die Spezifik seines Gegenstandes, des Saargebietes, und die günstige und umfassende Quellenlage, von der die Forscher Gebrauch machen konnten.

Nach Anlage und Ergebnis ist das Saarprojekt weder eine bloße, ausfüllende Wiederholung nationalgeschichtlicher oder „Metropolen“-Feststellungen, noch eine „regionalistisch“ beschränkte, punktualisierende Dissoziation übergreifender Sachverhalte. Vielmehr ging es den Forschern KLAUS MICHAEL MALLMANN und GERHARD PAUL darum, mit quellengesättigter regionaler Forschung Fragen aufzuwerfen, die produktiv über die jeweilige Region hinausweisen, sowie zu erproben, ob und inwieweit Fragen und Ergebnisse aus einer Region auch für andere Regionen tragfähig erscheinen bzw. überhaupt verallgemeinerbar sind. GERHARD PAUL stellte dieses Projekt vor, umriß in struktureller Analyse das Feld, in dem Widerstand und Verweigerung wie Anpassung sich entfalteten und trug ausgewählte Ergebnisse über die Geschichte der Stapostelle Saarbrücken und über die Propaganda Bürckels im Saargebiet vor.

Das Saargebiet war hoch industrialisiert, mit großer Bevölkerungsdichte, jedoch ohne die großstädtische Siedlungsstruktur des Ruhrgebiets. Es dominierten Steinkohlenbergbau und Hüttenindustrie und mit ihnen das Industrieproletariat. Der Mittelstand war schwach. Diese Arbeiterregion war gleichzeitig eine Hochburg der katholischen Kirche. Zwei politisch-gesellschaftliche *Milieus* prägten die Region: das katholische Milieu – das Zentrum war hier die stärkste Arbeiterpartei (mit stabil 45 % der Wähler vor 1933) – und das linksproletarische (kommunistisch-sozialdemokratische) Milieu – wobei sich im Saargebiet die Arbeiterbewegung verspätet herausgebildet hatte.

[5:] Bürgerliche Parteien und auch die NSDAP spielten vor 1933 nur eine geringe Rolle. Dies änderte sich entscheidend in dem zweijährigen „Abstimmungskampf“: Laut Versailler Vertrag wurde das Saargebiet 1920 von Deutschland abgetrennt und für zunächst 15 Jahre unter Völkerbundsverwaltung gestellt. 1935 sollte die Bevölkerung über ihre Zukunft entscheiden: Rückkehr zu Deutschland, Anschluß an Frankreich oder Beibehaltung der Völkerbundsverwaltung lauteten die Alternativen. Nach 1933 kam es schnell zu einem Zusammenschluß des katholischen Lagers mit den bürgerlichen Parteien und der NSDAP zur „Deutschen Front“.

Erst spät, im Sommer 1934, konnten sich die Linksparteien in einer Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam auf die Alternative „Status quo“ festlegen. Allerdings vermochten sie nur einen Bruchteil der eigenen Anhängerschaft dafür zu mobilisieren. Unter dem nationalistischen Druck und dem praktizierten wie angedrohten Terror entschieden sich rund zwei Drittel dieses Lagers für die Rückkehr des Saargebietes zu Deutschland. Dieser „Abstimmungskampf“ führte zu einer krassen und dauernden Polarisierung. Nach der Niederlage der Befürworter des „Status quo“ – sie erreichten 8,8% – setzte eine starke Emigrationswelle nach Frankreich ein. Diese Kampagne und ihr politischer Erfolg bestimmten in einem hohen Maße die Startbedingungen der faschistischen Diktatur im Saargebiet. Auf der anderen Seite wurde die Einheitsfront der beiden Arbeiterparteien auch nach der Niederlage im Saarkampf von beiden im Exil und im Widerstand fortgesetzt. Die SPD der Saar hatte sich von der SOPADE getrennt.

Das *Projekt Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945* sollte sich ursprünglich auf die Untersuchung der Organisations- und Handlungsmuster, der Erfahrungen und politischen Vorstellungen sowie der sozialen Zusammensetzung jener Gruppen beschränken, die sich dem Faschismus widersetzen. Um jedoch die politischen und moralischen Bedeutungen und die Strukturen von Dissens, Verweigerung und Widerstand genauer bestimmen zu können, weitete es sich zu einer *allgemeinen*

*Sozialgeschichte des Saargebietes* im Dritten Reich aus, schloß Formen, Bedingungen und Grenzen der faschistischen Herrschaft ebenso ein wie die Traditionen des Saarreviers. Die Autoren knüpften an Martin Broszats Konzept für das Bayern-Projekt an, Widerstand in seiner Interdependenz mit Herrschaft zu zeigen und einen **Paradigmenwechsel in der Widerstandsforschung** zu vollziehen. Sie wollten dazu insbesondere drei Fragen untersuchen:

1. War die Gestapo als Zentrum des faschistischen Terrorsystems wirklich jene allgegenwärtige, allmächtige und allwissende Geheimpolizei, die den Widerstand in Schach hielt, wie dies ihr langlebiger Mythos behauptet? Wer arbeitete ihr zu, wie verhielten sich die einst resistenten Milieus gegenüber den Ansinnen der Gestapo?
2. Welche loyalitätsbildenden Wirkungen übten die sozialen Innovationen, die Volksgemeinschaftspropaganda und die Sozialpropaganda unter Leitung des NSDAP-Gauleiters Bürckel auf die verschiedenen Gruppen der Saarbevölkerung aus?
3. Wie intensiv durchdrangen Vorstellungen und Politik des faschistischen Regimes die deutsche Gesellschaft? Welche Widersprüche, welche Nischen gab es?

Hinsichtlich der Herrschaftsauffassung stützten sich beide Autoren auf den Ansatz von ALF LÜDTKE, der Herrschaft und Widerstand nicht abstrakt und unvermittelt gegenüberstellte, sondern [6:] die konkrete Aneignung von Herrschaft, damit die Produktion von Herrschaft auch durch die Beherrschten, die Vermittlungen zwischen beiden und damit die breite Palette differenzierter Verhaltensweisen ins Blickfeld rückte.

Ein zweiter Paradigmenwechsel betraf **die alltagsgeschichtliche Orientierung des Projektes**, dessen strukturierende Pole **Herrschaft** und **Alltag** bilden sollten. Unter **Alltag** wurde dabei verstanden: die subjektiv-situative Innenseite der Wirklichkeit, die Vielfalt der situativen Rahmenbedingungen von Einstellungs- und Verhaltensmustern, die spezifischen Arbeits- und Lebensformen der Menschen, ihre Formen der Verarbeitung insbesondere politischer und ökonomischer Prozesse, die subjektive Dimension der Einstellungen, Motive, Ressentiments, Hoffnungen und Ängste.

Nicht die Organisationsgeschichte des Widerstandes, sondern der Alltag der zur Verweigerung und zum Widerstand bereiten Menschen sollte im Projekt untersucht werden. Mit dem organisationsgeschichtlichen Ansatz verwarfen die Autoren Parteien, Gewerkschaften und auch Klassen als Bezugspunkte von analytischer Bedeutung und griffen zur Erklärung widerständigen Verhaltens auf ein Milieukonzept zurück, das sich wesentlich an Rainer Lepsius orientiert.

Von entscheidender Bedeutung waren so bei ihrer Analyse der Milieus strukturelle Merkmale wie die Zusammensetzung nach den Kriterien von Generation, Geschlecht, Konfession und sozialer Lage, nach Form und Intensität von Kommunikation und Interaktion sowie die politisch-kulturelle Dimension der Orientierungsmuster für Vergangenheit und Gegenwart. Mit dem Milieukonzept hofften sie, auch die jenseits der Klassenlage wirksamen Momente der Heterogenisierung und das aus ihnen resultierende Netzwerk einer alltagsweltlich begründeten Gesinnungsgemeinschaft zu erfassen.

War die Faschismus- und auch die Widerstandsforschung bisher oft von einer Art Metropolenfixierung beherrscht, die nationale oder Topoi der Hauptstadt als Passepartouts behandeln ließ, die regionale Forschung nur noch auszufüllen hatte, so sollten hier am empirischen Material einer Region allgemeine Fragen der Sozialgeschichte aufgeworfen werden. Die Autoren hielten Regionalforschung nur komparativ für möglich und meinten, nur auf diesem Wege seien in der Faschismusforschung neue Erkenntnisse zu gewinnen.

Das Projekt konnte insbesondere durch die Erschließung bisher nicht benutzter Quellenbestände wissenschaftliches Neuland betreten: die Wiedergutmachungsakten des Saarländischen Entschädigungsamtes, die mit seriellen Verfahren ausgewertet wurden; die Entnazifizierungsakten; die Personalakten sämtlicher katholischen Pfarrer des Saargebietes (aus den Bistumsarchiven Trier und Speyer); Polizei-, Gefängnis- und Gerichtsakten. Von den Akten der Arbeiterparteien und ihrer Grenzstellen in

Frankreich konnten die Autoren neben den einschlägigen Beständen des Saarbrücker Landesarchivs vor allem die Bestände des Zentralen Parteiarchivs der SED nutzen.

Von den *Ergebnissen des Projektes* stellte PAUL zunächst jene über **Wirken und Struktur der Gestapo** im Saarland vor. Bisher sei das Dritte Reich als gigantischer Überwachungsstaat beschrieben worden, ohne daß die Gestapo zum Objekt sozialgeschichtlicher Untersuchungen gemacht [7:] Von den *Ergebnissen des Projektes* stellte PAUL zunächst jene über **Wirken und Struktur der Gestapo** im Saarland vor. Bisher sei das Dritte Reich als gigantischer Überwachungsstaat beschrieben worden, ohne daß die Gestapo zum Objekt sozialgeschichtlicher Untersuchungen gemacht worden wäre. Dem bereits von der Gestapo selbst zielbewußt erzeugten Mythos ihrer Allwissenheit und Allgegenwart müsse die Untersuchung der konkreten Sozial- und Wirkungsgeschichte gegenübergestellt werden. Zunächst waren es die Nazi selbst, die das Bild einer die Gegner des Regimes mit traumwandlerischer Sicherheit aufspürenden Geheimpolizei entwarfen. Diese Propaganda war für die Funktionsweise der Gestapo ein durchaus wirkungsvolles Element. Um jedoch Aufgabenstellung und Wirkungsweise nicht einfach zu vertauschen, bedürfe es sozialgeschichtlicher Untersuchungen.

Nach 1945 habe dieser Mythos einen Funktionswandel erfahren und diene der kollektiven politischen Entschuldung. Er habe dazu geführt, die Gestapo als Sozialenklave einfach aus der Gesellschaft zu eskamotieren.

Die Gestapo war nach Auffassung der Vf. kein durchrationalisierter Mechanismus der Repression, der die Bevölkerung flächendeckend im Würgegriff gehalten habe. Schon quantitativ vor Ort keine detektivische Groß-Organisation, habe sie – personell unterbesetzt – der ständigen Aufgabeninflation und den eigenen Feindbildprojektionen hinterhergehinkt. So verfügte die Stapostelle Saarbrücken 1938 für eine Bevölkerung von einer Million über 138 Beamte.

Der Stamm der Gestapo-Beamten rekrutierte sich vor allem aus den politischen Abteilungen der Weimarer Polizeidirektionen. Hinzu kamen viele Schutzpolizisten und Kriminalassistenten, die in der Gestapo schneller Karriere machen konnten als anderswo. In der Stapostelle Saarbrücken waren 10% der Beamten Mitglied der SS und 50% der NSDAP. Sie bot nicht das Bild einer durchgängig fanatisierten Polizeitruppe als Exekutor der NS-Weltanschauung. Entscheidend seien vielmehr die Kontinuitätslinien in der deutschen Polizei und deren berufliche Fixierung auf National- und Obrigkeitsstaat gewesen.

Mit Kriegsbeginn, mit der Abkommandierung zu den Einsatzgruppen und dann zu den Befehlshabern der Sipo und des SD in den okkupierten Ländern sanken Zahl und Qualifikation der Gestapo-Beamten, während vor allem mit den Millionen Zwangsarbeitern die Vielzahl der Zuständigkeitsbereiche anstieg. In Schnellkursen ausgebildete Kriminalassistenten, deren Kenntnis und Niveau das bisherige noch weit unterschritt, traten an die Stelle der Abkommandierten. Sie bemühten sich, ihre geringe kriminalistische Qualifikation durch die Folter auszugleichen. Gegen Kriegsende war die Gestapo Saarbrücken personell so ausgedünnt, daß objektiv die Handlungsbedingungen für die Widerstandsbewegungen wuchsen, doch sie konnten diese subjektiv nicht wahrnehmen.

Der Alltag der Stapostelle habe wenig Effizienz und Flexibilität aufgewiesen, dafür Überbürokratisierung, Schlendrian und Überforderung, noch begünstigt durch die bürokratische Gängelung durch das Gestapa Berlin. PAUL ging so weit, die Stapostelle als Sammelstelle für Anzeigen und Entscheidungsstelle für deren Bearbeitung, eine Art Briefkasten für alle Meldungen von unten zu bezeichnen, deren Initiative daher auch vorrangig von unten, d.h. durch Denunziationen bestimmt [8:] Die wohl wichtigste Ressource staatspolizeilichen Wissens seien die Denunziationen gewesen, die an mehr oder weniger allen Gattungen der Verfolgungsgegenstände von der „Rassenschande“ bis zu Landes- und Hochverrat den überwiegenden Anteil hatten. Gegen abweichende Meinungen gerichtet, erfolgte ein Prozeß denunziatorischer Auto-Mobilisierung, der im Saargebiet ein spezifisches Phänomen der unteren sozialen Schichten war, noch dazu geschlechterspezifisch differenziert. PAUL nannte es einen Akt gleichsam sozialer Revanche und Befreiung von Autorität.

Die Rolle der Denunziationen zu erkennen, hätten erst die Quellen erlaubt: die Forscher waren durch die Wiedergutmachungsakten auf dieses Problem gestoßen. Für die Gestapo seien die Denunziationen ein ihrer Natur nach unzuverlässiges, aber eben auch unverzichtbares Instrument polizeilicher Ermittlungen gewesen. Häufig übertrieben und verlogen, waren sie in der Regel von unmittelbaren Interessen ihrer Verfasser geleitet. Die Überschwemmung der Stapostelle mit Denunziationen überlastete die Beamten, dennoch kam die Gestapo nicht ohne sie aus.

Gegen konspirative Gruppen des Widerstandes, gegen untergetauchte Juden, aber auch gegen die katholische Kirche und gegen die Masse der nach Deutschland deportierten Zwangsarbeiter habe sich die Denunziation jedoch als relativ stumpfe Waffe erwiesen. Das einzige Erfolgsrezept auf diesem Sektor bildeten die V-Leute der Gestapo, deren Zahl allerdings begrenzt war und nicht zu einem breitgefächerten Agenten- oder Spitzelnetz wurde.

Unverzichtbar waren der Gestapo die *Zubringerdienste staatlicher und kommunaler Behörden*, so der Einwohnermelde-, Arbeits- und Gesundheitsämter, der Bahn, der Post und vor allem der Kriminal- und der Schutzpolizei. Insbesondere die Zuarbeit der regulären Polizei verschaffte dem Nimbus der Allwissenheit der Gestapo einen gewissen Realitätsgehalt. In vielen Dörfern tauchte nie ein Kommando der Gestapo auf. Wie eh und je prägte die Gendarmerie das Gesicht der Obrigkeit und verlieh ihr die Fassade von Kontinuität und Rechtmäßigkeit.

PAULS zugespitztes *Resümee* lautete: Denunziation brachte den Dissens zur Strecke, die V-Leute der Gestapo die konspirativ Tätigen. In aller Regel seien oppositionelle Regungen in der Arbeiterschaft aus den eigenen Reihen liquidiert worden. Relevante Teile der deutschen Bevölkerung gestalteten als Denunzianten oder V-Leute den faschistischen Terror mit und bildeten so seine plebiszitäre Seite. Das Dritte Reich war nicht nur ein Überwachungsstaat, sondern ebenso eine Denunziationsgesellschaft. Ohne das Heer der freiwilligen Zuträger aus der Bevölkerung und der Verwaltung wäre die Gestapo nahezu blind gewesen, ohne die „Amtshilfe“ durch Gendarmerie, Schutzpolizei und Kriminalpolizei hätte sie wichtige Funktionen nicht erfüllen können. Die gesellschaftliche Akzeptanz des Terrors konnte strukturelle Defizite ausgleichen und verschaffte der Gestapo viele Ohren, gerade auch im lokalen Feld. Denunziation bildete ein zentrales Schlüsselglied in der Interaktion von Herrschaft und Gesellschaft und gehörte zu den wichtigsten Faktoren, die das Terrorsystem funktionsfähig hielten. Die Gestapo war nicht exterritorial, sondern vielfältig in der deutschen Gesellschaft verwurzelt. Der Begriff Massenverbrechen habe durchaus einen Doppelsinn: diese Verbrechen betrafen nicht nur Massen, es waren auch Massen an ihnen beteiligt.

[9:] Doppelsinn: diese Verbrechen betrafen nicht nur Massen, es waren auch Massen an ihnen beteiligt.

In einem weiteren Referat über die *Sozialgeschichte der Propaganda und Sozialpolitik* der NSDAP im Saargebiet wandte sich PAUL besonders der akzentuiert sozialegalitären Propaganda Bürckels sowie seiner Sozialpolitik zu. Beide wurden zielstrebig zur Pazifizierung oppositioneller Milieus und zur Integration antagonistischer Klassen eingesetzt und fungierten regulativ als Medien sozialer Kontrolle.

PAUL trat für eine sozialgeschichtliche Wirkungsforschung der NS-Propaganda ein, die nach Raum und Zeit differenziere. Die Bedeutung inszenierter Großveranstaltungen wie der Reichsparteitage der NSDAP für die Menschen in der Provinz dürfe nicht überschätzt werden. Sie hätten vor allem binnenintegrative Funktionen gehabt. Zu differenzieren sei jedoch bei der Propaganda nach Binnen- und Außenwirkungen. Lokale bzw. regionale Presse und der Rundfunk hätten vor Ort größere Bedeutung gehabt. Im Saargebiet hielten 50% aller Haushalte die von Bürckel – NSDAP-Gauleiter und Anschlußkommissar – kontrollierte Zeitung der NSDAP, ebenfalls 50% der Haushalte hatten ein Radio.

Bürckels Propaganda war primär an die Arbeiter adressiert. Bereits seine Rückgliederungspropaganda orientierte auf soziale Bedürfnisse der Arbeiter und versprach ein großes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Bis 1938 trug Bürckels Propaganda im Saargebiet stark sozialegalitäre und „sozialistische“ Züge. Sie verband Attacken gegen Wucherer und „Arbeitshyänen der Wirtschaft“ mit



Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter. Bürckel verblieb dabei nicht im Verbalen, sondern setzte Maßnahmen von symbolisch-egalischer Wirkung z. T. praktisch durch, ließ z. B. die Mietpreise kontrollieren, einheitliche Brot- und Fleischpreise festschreiben und riskierte auch diktatorische Lohnerhöhungen als gezielte Eingriffe in die private Verfügungsgewalt der Unternehmer. Bürckels Zauberformel vom „nationalen Sozialismus“ verband die Rhetorik einer egalitären „Volksgemeinschaft“ mit einer Aufwertung der Handarbeit und damit des Sozialprestiges der Arbeiterschaft. Seine Sozialpolitik setzte bewußt auf die Einheit von soziallegalitären Schritten als „Stück sozialer Gerechtigkeit“ und einer Politik der Verbesserung der Lage der Lohnarbeiter in der Rüstungskonjunktur. Bürckel propagierte ein Bild der NSDAP als „sozialrevolutionäre Partei“, das Egalität, soziale Fürsorge und „Volksgemeinschaft“ zusammenfassen sollte und quer zu bisherigen Krisenerfahrungen lag.

Bürckels Schein eines egalitären, ja sozial fürsorglichen „Sozialismus der Tat“ veränderte tatsächlich die Wahrnehmung der klassengesellschaftlichen Wirklichkeit, weil er sie überlagerte. Erstmals in Deutschland setzte Bürckel für die Arbeiter an der Saar eine Feiertagsentlohnung durch, ihr Urlaub wurde dem der Angestellten angeglichen, betriebliche Verbesserungen wie Waschräume für die Bergarbeiter wurden eingeführt.

Die egalitären Parolen seien im Zusammenhang mit dem Leistungsangebot der DAF als Angebot der Entkopplung von Herkunft und Aufstieg auch wahrgenommen und genutzt worden, wobei die propagandistische Wirkung des symbolischen Angebots über der tatsächlichen Nutzung gelegen [10:] für einen Teil von ihnen auch die Folie, eigene Forderungen zu stellen und sie z. T. auch durch Streiks zu bekräftigen.

Insgesamt wertete PAUL Bürckels Sozialpolitik und Propaganda als Schritte zur Implementierung des modernen Sozialstaates, zur Erzeugung einer sozialen Erwartungshaltung, der Aufstieg und Wohlstand wichtiger wurden als Demokratie und Freiheit. Der Verlust an Freiheit sei gegen einen realen Zugewinn an Gleichheit und Wohlstand ausgetauscht worden, allerdings nur für jene, die diese Angebote nutzen konnten und nicht terroristisch ausgegrenzt wurden. Die deutsche Gesellschaft unter faschistischer Diktatur sei an der Saar bis 1938 als eine Gesellschaft voller Möglichkeiten wahrgenommen worden.

Für die *Wirkung von Bürckels Propaganda und Sozialpolitik* sei der stille Zwang jener sozioökonomischen Veränderungen in Rechnung zu setzen, die die bis dahin rückständige Provinz in den Sog der Modernisierung im Zuge der deutschen Rüstungskonjunktur zogen. Sie führten zu einer Segmentierung der Arbeiterschaft, erhöhter Mobilität und intensiver Urbanisierung. Die mit der Veränderung der Klassen und Milieus, ja dem Verlust der Milieuzusammenhänge erzeugte Individualisierung der Gesellschaft erleichterte die Wirkung jener Propaganda, führte sie doch zum Verlust der Maßstäbe darüber, welche Ziele sie anstrebte. Die Sozialpolitik wurde als soziale Stabilisierung und soziale Aufstiegschance offeriert und angenommen, vor allem von jungen selbständigen Arbeitern und von Teilen der Sozialdemokratie.

Jenen stillen Zwang der Veränderungen komplettierten Maßnahmen außerökonomischer Zwangsgewalt in den Betrieben. Sie umfaßten neben großflächigen „Säuberungen“ und Entlassungen die zwangsweise Versetzung oppositioneller Arbeiter in andere Regionen. Betriebliche Schnellgerichte verurteilten „Störenfriede der Betriebsgemeinschaft“ oder Arbeitsverweigerer. Solche Maßnahmen unterstützten die Propaganda in ihren Wirkungen und ließen die sozialpolitischen Maßnahmen als willkommene Kompensationsleistungen erscheinen.

Sicherte diese Politik an der Saar die Massenloyalität bis 1938, so wurden vor allem nach der Entfesselung des Weltkrieges neue Konsens stiftende Kräfte produziert. Es bedurfte scheinbar nicht mehr der Bürckelschen „sozialrevolutionären“ Propaganda, außerdem wurden die materiellen Verteilungsressourcen knapper. Der Massenzustrom ausländischer Zwangsarbeiter spielte für neue Massenloyalitäten deutscher Arbeiter eine wesentliche Rolle.

In der *Diskussion* standen vor allem zwei Fragenkomplexe im Vordergrund: Die Wirkungsweise der Gestapo sowie Bürckels „sozialistische“ Propaganda und deren Wirkung. Dazu sprachen FRANK DINGEL, DIETRICH EICHHOLTZ, PAUL HEIDER, KURT PÄTZOLD, RITA RÖHR, KLAUS SCHEEL, DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN, CHRISTL WICKERT UND WERNER RÖHR (alle Berlin), BERTHOLD PUCHERT, ALMUTH PÜSCHEL (beide Potsdam), ALF LÜDTKE (Göttingen), KARL HEINZ ROTH (Hamburg), LUDWIG EIBER (München) und MICHAEL SCHNEIDER (Bonn).

Lebhafte Resonanz wie entschiedenen Widerspruch fanden PAULS Ausführungen über die Stapostelle Saarbrücken. Ihre Verankerung in der deutschen Gesellschaft, ihr Stellenwert innerhalb der Gestapo wie innerhalb des gesamten Terrorapparates, ihre „Ineffizienz“ wie ihre strukturellen Defizite wurden unter dem Aspekt erörtert, inwieweit deren Interpretation aus einer regionalen Perspektive allein geleistet werden könne, wo diese verallgemeinerbar sei und wo nicht und wann sie zu Fehlinterpretationen führe.

Widerspruch erfuhr auch die Behandlung der Stapostelle als quasi autonome Dienststelle, die vom Berliner Gestapo bürokratisch gegängelt werde. Bestimmte, hier auf strukturelle Schwächen oder auf Überlastungen der Stapostelle zurückgeführte Entscheidungen seien nachweisbar zentral getroffen worden. Daher könne ohne explizite Berücksichtigung des Stellenwertes der Gestapo im gesamten Terrorsystem auch deren regionale Praxis nicht begriffen werden. So waren z. B. die vermehrten Einweisungen in Konzentrationslager 1937/38 bzw. die Übergabe jüdischer, polnischer, russischer u.a. Justizhäftlinge ab 1943 an die Polizei nicht in erster Linie Folge struktureller Defizite oder der Arbeitsüberlastung regionaler Stapostellen, sondern zentraler politischer Entscheidungen.

Die Stellung der Gestapo im Terrorsystem machte sie geradezu zum Adressaten jener anderen staatlichen Apparate, die für die Gestapo denunziativ wirken sollten. Als bloße „Amtshilfe“ werde diese Arbeitsteilung unterbewertet.

Bei Würdigung der empirischen Forschungen über das Ausmaß an Denunziationen wurde PAULS Interpretation ihrer Initiativfunktion hinsichtlich der Zielrichtung der Tätigkeit der Gestapo widersprochen. Denunziationen aus der Bevölkerung seien in der Sache sehr differenziert gewesen und erfüllten auch unterschiedliche Funktionen. Das Abheben allein auf Denunziation verdecke die Differenzen in dieser Handlungsweise. Hier müsse auch die für die Massen konstitutive Bedeutung dessen, was die Staatsgewalt tue, berücksichtigt werden.

Genauer zu unterscheiden sei auch zwischen privaten Denunziationen und Verflechtungen der terroristischen Apparate. Die Gestapo nutzte die Informationen, doch sei es unrichtig, Richtung und Initiative der politischen Verfolgung primär ihnen zuzuschreiben. Vielmehr entschieden über die Richtung der politischen Verfolgung, also auch über die ins Visier genommenen Opfergruppen nachweisbar politische Vorgaben.

Die Verankerung der Gestapo in der deutschen Gesellschaft dürfe nicht auf das Problem ihrer Belieferung mit Denunziationen und „Amtshilfe“leistungen vereinseitigt werden. Schließlich trat die Gestapo oft als Speerspitze oder nächste relevante Instanz einer Verfolgung auf, in der sie Teil des ganzen Terrorapparates war.

Diskussionen um Effizienz oder strukturelle Defizite, um Bürokratisierung oder Unfähigkeit der Gestapo müßten, so wurde in der Debatte gefordert, von den tatsächlichen Resultaten der Verfolgung ausgehen. Ihre wirkliche Effizienz, d. h. ihre reale Wirkung auf die Verfolgten, und die innere Effektivität des Apparates und seiner Arbeit seien zu differenzieren und nach den Kriterien der Effizienz zu fragen. Über die Effizienz der Gestapo sei nur im Zusammenhang mit deren Stellung im Terrorsystem insgesamt und damit auch der Stellung der Stapostelle vor Ort gegenüber der Zentrale zu urteilen. Angesichts der geringen Zahl der Mitarbeiter sei ihr Stellenwert besonders wichtig, da die wenigen Gestapo-Beamten im Bedarfsfalle große Massen terroristischer Formationen zu mobilisieren vermochten.

Die Frage nach der spezifischen Stellung und Wirkung der Gestapo wurde noch einmal gesondert für die Phase des Kriegsendes gestellt, als der Terror erneut eskalierte, obwohl die Gestapo nicht nur in Saarbrücken personell sehr geschwächt war.

In der Diskussion über den zweiten Komplex, Bürckels Propaganda und Sozialpolitik, wurde hervorgehoben, daß Bürckels Integrationsstrategie ein Sonderfall war, daß sie den Bedingungen seiner politischen Aufgabe entsprochen habe und 1938 ausgelaufen sei. Bürckels Politik dürfe nicht zu stark biographisch akzentuiert und erst recht nicht verallgemeinert werden. Zum Verständnis seiner Aufgabe, die Loyalität der Arbeitermassen an der Saar zu sichern, müßten die industrielle Bedeutung des Saarlandes, dessen Stellung als Grenzland zu Frankreich sowie die Tatsache berücksichtigt werden, daß diese Adressaten über den faschistischen Terror in Deutschland informiert waren.

Hinsichtlich der tatsächlichen Resultate von Bürckels sozialegalitärer Propaganda und ihrer unterstützenden Sozialpolitik bedürfe es genauerer Verifikation. Die Integration bestimmter Teile der sozialdemokratischen Arbeiter könne nicht verallgemeinert werden. Die Kluft zwischen der Strategie und ihren Effekten sei dahingehend zu ergänzen, welche Prozesse realer Verschlechterung bestimmten Verbesserungen der Lebenslage gegenüberstanden, z.B. bei den Renten. Von einem Austausch von Freiheit gegen mehr Gleichheit könne keine Rede sein, da auch jene „egalisierenden“ Maßnahmen de facto zu einer bis dahin nicht gekannten Ungleichheit und Unterordnung unter eine reale sozialpolitische Kontrolle der Arbeiter führten. Mit Kriegsbeginn habe auch im Saargebiet eine stärkere Rekurrektion auf rassistische statt auf soziale Propaganda eingesetzt, die im Masseneinsatz ausländischer Arbeiter ihre praktische Grundlage fand.

## II

Zwei konträre Forschungsansätze zur deutschen Sozialgeschichte 1933-1945 wurden in der zweiten Sektion erörtert, ein alltagsgeschichtlicher und ein klassentheoretischer. Es ging darum, welche Forschungsprobleme von welchen gegenwärtig vertretenen Ansätzen in den Blick zu bekommen und zu klären sind, also um das grundsätzliche Problem des Verständnisses von Sozialgeschichte des deutschen Faschismus.

Über *Herrschaft als soziale Praxis – Hinnehmen, Mitmachen und Zustimmen im deutschen Faschismus* sprach der Göttinger Sozialhistoriker ALF LÜDTKE. Sein Ansatzpunkt war die Frage nach der Eigenaktivität der Beherrschten bei der Produktion von Herrschaft, und zwar hinsichtlich der Angebote wie der Zumutungen der Herrschaft, des ideologischen Konsenses wie der Interessenübereinstimmung oder Vorteilsnahme einschließlich im sozialpolitischen Feld.

Die *Aneignung* der Angebote wie der Zumutungen, die Wahrnehmung der Wirklichkeit als Umsetzung in eigene Wirklichkeit lenke die Aufmerksamkeit auf jene Aneignungsformen und Felder, in denen die Individuen und Gruppen als Akteure, nicht aber als Agenten, als handelnde, aber [13:] keineswegs autonome Subjekte tätig seien, auf Felder von Kräfteverhältnissen und „Gemengelagen“, in denen Zwang durchaus Momente von Konsens einschließen könne, und in den Praktiken der Menschen Hinnehmen und Distanzieren sich nicht ausschließen. Nicht an sich existierende Strukturen, sondern jene Aneignungsformen, in denen Wirklichkeit erst für die Handelnden wirklich werde, konstituierten deren spezifische Wirklichkeit. Zwischen Herrschenden und Beherrschten existiere ein weitgespanntes Feld von Zwischenräumen, ein konturloses Feld von Kraftverhältnissen, in denen eine Eindeutigkeit der jeweiligen Scheidung schwerfalle. Jede Übermächtigung setze Rechtsformen ein, die den Anspruch auf Rechtmäßigkeit einforderten und auch erlangten. Wie entstehe jenes Minimum an Gehorchenwollen? Der Blick in die Gemengelagen zeige stets Distanzierungen und Hinnahmen. Auch Hinnahme und Ausweichen schlossen sich keineswegs aus. Das Interesse an jenen Mischformen, „unreinen“ Formen des Verhaltens sei aus drei Gründen geboten: wegen ihrer Massenhaftigkeit, ihrer Folgen und ihrer Bedingungen. Deshalb sei das Feld der Beobachtungen gerade jener Mischformen zu erweitern.

In diesen Aneignungsprozessen spielten *Symbole* eine große Rolle. Formen der Aneignung orientierten sich an Symbolen, prägten ihrerseits aber auch Symbole, veränderten und konstituierten sie. Das

Symbol vermöge scheinbar unvereinbare Bedeutungen zu vereinen und in der Wahrnehmung gleichzeitig wirksam zu machen. Allerdings wäre es falsch, hinsichtlich der Produktion oder Kontrolle von Symbolen Hegemonie als subjektiv souveräne und kalkulierte Verfügung anzunehmen. Alle Akteure in allen Kräftefeldern setzten Symbole ein. Immer bezögen sich Symbole auf spezifische Situationen ihrer Deutung, und immer wiesen sie darüber hinaus. Symbole verbänden einen normativen mit einem emotiven Pol. Ihre eigentliche Attraktion und damit ihre Wirkungsmacht aber liege darin, daß sie scheinbar unvereinbare Bedeutungen gleichzeitig zuließen, herausforderten und zuspitzten.

Vor allem zwei Bereiche in diesem Felde seien für die Faschismusforschung von großer Relevanz: die **Funktionseliten** und die *industrieproletarischen Massen*. Am Beispiel der Funktionseliten mit ihren sozialen Handlungsfeldern werde deutlich, wie die Symbolik der Professionalität den Einstieg zum Mitmachen darstellte und die Einsatzfreude die Mobilisierung verstärkte – selbst dann, wenn sie dabei an der Vernichtung professionell mitwirkten.

Für die industrieproletarischen Massen, denen sich LÜDTKE ausführlicher widmete als den Funktionseliten, sei das Ausgangsproblem bereits in den SOPADE-Berichten formuliert worden: Die massive Unzufriedenheit der Arbeiter verblieb in Passivität. Diese Hinnahme, so LÜDTKE, konnte sich mit einem breiten Spektrum von Momenten verbinden, konnte Zustimmung ebenso wie Distanzierung einschließen. Da das Zentrum der Orientierung der industrieproletarischen Massen und ihr unmittelbares Kontrollbedürfnis sich auf die eigene Arbeitssituation richteten, vermochte das symbolische Angebot der Nazis Resonanz zu finden. Als „Ehre der Handarbeit“ symbolisch zelebriert, fand es Anknüpfungspunkte und Unterstützung in Wahrnehmungsweisen und Deutungen der Arbeiter, die in der Klasse selbst, in ihren Lebenszusammenhängen begründet und tradiert waren. Der Respekt vor dem Bedürfnis direkter Kontrolle der eigenen Arbeitsverrichtungen blieb die Brücke.

[14:] Gerade in dieser Symbolik „deutscher Qualitätsarbeit“ sowie in jener des Bildes vom guten, erfahrungs- und handlungssicheren Qualitätsarbeiter konnten sich sehr gegensätzliche Klassenkräfte treffen und sich jeweils mit diesen Symbolen identifizieren. Solches Bild – als Vorbild – korrespondierte klassenübergreifend mit vielen weitergehenden Stereotypen und erreichte eine große Eindringtiefe.

Hinnahme und Mitmachbereitschaft dominierten auch nach Kriegsbeginn, ja der Krieg weise eine besondere Form der Wirkung des Symbols „deutsche Qualitätsarbeit“ auf: Nicht nur das Töten selbst konnte als Ausweis von Qualitätsarbeit, von Genauigkeit und Pflichtbewußtsein vermittelt werden, diese Symbolik leistete auch die Selbstaufmunterung und Selbstrechtfertigung mit guter Arbeit: Sei nicht im siegreichen Angriff wie in der Abwehr die Überlegenheit deutscher Qualitätsarbeit deutlich bewiesen, bis hin zu dem Ende: Wer ganze Arbeit geleistet hatte, der hatte auch aufgeräumt und gesäubert, da blieb kein unliebsamer Rückstand.

LÜDTKES starke Akzentuierung von Hinnehmen, Zustimmung und Mitmachen, politisch also der Mittäterschaft, als Fundament der Stabilität des faschistischen Regimes zielte insgesamt darauf, bei der Analyse von Herrschaftsverhältnissen einem dichotomischen Täter-Opfer-Modell zu entkommen, weil dieses die Hinnahme und Mittäterschaft als Problem ausblende. Erst die Untersuchung der konkreten Formen von Aneignung mache es möglich, erstens mit dem Maß an Mittäterschaft auch die Chancen und die Grenzen von Widerständigkeit und zweitens das Leiden und Handeln der anderen wie sich selbst besser zu verstehen.

Im Vortrag *Sozialgeschichte und Sozialpolitik des deutschen Faschismus – Zwischenbilanz und Forschungsfragen* wandte sich KARL HEINZ ROTH aus Hamburg von mentalitäts- und psychohistorischen Ansätzen ab und jenen Rahmenbedingungen zu, die für alle Mentalitätsmuster essentiell blieben. Nicht der phantastischen Imagination der „Volksgemeinschaft“, sondern der faschistischen Erosionsform der Klassengesellschaft, nicht nur den Mischungsformen, sondern den Brüchen zwischen Herrschenden und Beherrschten und auch den psychischen Folgen dieser Brüche wie Ängste sei auf die Spur zu kommen.

Der englische Sozialhistoriker Tim Mason hatte in seinen letzten Äußerungen zur sozialgeschichtlichen Auseinandersetzung mit dem Faschismus davor gewarnt, bei fortschreitender Differenzierung der Forschung die Debatte ihrer theoretischen und politischen Implikationen zu entkleiden. Daran anknüpfend sprach sich ROTH für eine Re-Orientierung der Faschismusdebatte und für vergleichende Analysen der Faschismen als Ausweg aus den Sackgassen vieler methodischer Seitenzweige aus.

Den entscheidenden Bezugsrahmen einer Sozialgeschichte des Faschismus bilde der Klassenkonflikt, war doch die Arbeiter- und Sozialpolitik dieser Diktatur eine spezifisch ausgeformte, potenzierte wie verschleierte Planungs- und Handlungsstruktur des Klassenkampfes von oben. Ihr sei die Geschichte der Lohnabhängigen als Sozialgeschichte von unten entgegensetzen, um die wesentlichen Bruchlinien und Vermittlungsmomente herauszuarbeiten.

[15:] In einer Situation der Beseitigung aller Institutionen und Gegenmacht-Strukturen der Arbeiterbewegung gewann der neue Kontrollmechanismus außerordentliche Bedeutung. Verbunden damit war eine Transformation der gesamten Klassenstruktur, die neben der repressiv wie ökonomisch erzwungenen Proletarisierung auch die Herausbildung neuer intellektueller Funktionsebenen umfaßte.

Die Arbeiter- und Sozialpolitik als Klassenpolitik von oben konvergierte entscheidend und irreversibel in dem Bemühen, eine spezifische und langfristig wirksame Variante der Depressionsüberwindung gegen die gesamte lohnabhängige Bevölkerung durchzusetzen. Die Führungsgruppen kombinierten die Deflationspolitik Brüning's mit einem rüstungswirtschaftlichen deficit spending. Sie schotteten ihr Wirtschaftspotential vom Weltmarkt ab, um alle monetären und preispolitischen Gegenefekte auszuschalten. Die einzig nachvollziehbare Logik dieser gigantischen volkswirtschaftlichen Fehlsteuerung war ein imperialistischer Revisionskrieg. Um ihn in absehbarer Zeit führen zu können, mußte mit Hilfe einer vorweggenommenen Kriegssozialpolitik die Entwicklung der Masseneinkommen vom künstlichen Wirtschaftsaufschwung der Rüstungskonjunktur abgekoppelt werden. Darüber habe zwischen NSDAP-Führung, Wirtschaft, hoher Ministerialbürokratie und Militär Konsens geherrscht. Alle wesentlichen Weichenstellungen der Sozialpolitik seien diesem Konzept entsprungen.

Die Arbeiterbewegung wurde anders als in Italien auch in den letzten Formen zerschlagen, weil sie dieser strategischen Option im Wege gestanden hätten. Selbst die übergangsweisen faschistischen Zwangssyndikate wurden wieder aufgelöst. Dieser über alle vergleichbare Faschismen hinausreichende Zerstörungsprozeß sei im Frühjahr 1935 abgeschlossen gewesen. Die Zwangsintegration in der DAF war der Kartellierung der Wirtschaft untergeordnet worden. Diese von ROTH als „substitutiver Korporatismus“ bezeichnete Variante hatte alle bisherigen Formen der institutionalisierten Arbeitervertretung durch eine neue Funktionsebene ebenso ersetzt wie blockiert.

Komplementär kam es zu einer Restrukturierung der gesamten Arbeitsverfassung. Zur Aufrechterhaltung eines wirksamen Lohnstopps bei Berücksichtigung von Minimalstandards wurde die Behörde der Reichstreuhänder der Arbeit geschaffen. Die bislang kommunale Zwangsarbeit für Erwerbslose wurde zentralen Reglements unterworfen. In ihrer Folge gewann die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit der Dienstpflichtverordnung für normal Beschäftigte bereits vor dem Krieg und nach dessen Beginn mit den Massen der ausländischen Zwangsarbeiter eine enorme Macht.

Insgesamt habe das deutsche faschistische Regime drei Mechanismen zur Einfriedung der Arbeiter entwickelt:

- \* auf gesamtgesellschaftlicher Ebene die Deutsche Arbeitsfront und die Treuhänder der Arbeit,
- \* auf Betriebsebene das Führer-Gefolgschaftsprinzip,
- \* und auf dem Arbeitsmarkt individuell greifende Zwangsmechanismen, die von den Arbeitslosen ausgehend auf immer größere Segmente der Arbeiterklasse ausgedehnt wurden.

[16:] Angewandt worden seien Modelle einer Befriedung des Klassenverhältnisses, welche die Formel der faschistischen Zwangssyndizierung mit Erfahrungen des amerikanischen personal management verbanden.

Dieser Politik könne der Erfolg wahrlich nicht abgesprochen werden: Der Reallohn überschritt vor der Rüstungskonjunktur das Krisenniveau nicht. Gleichzeitig gelang es den Arbeitsbehörden, den in den Arbeitslagern verwalteten sog. zweiten Markt der Wohlfahrtserwerbslosen und später der Dienstverpflichteten von den Betrieben so weitgehend abzuschotten, daß die sich dort abzeichnende Revoltbereitschaft nicht auf die gesamte Arbeiterschaft übergriff.

Dramatischer noch als im Bereich der Lohnpolitik waren die Einschränkungen bei den indirekten Lohnkosten: Die Sozialbudgets wurden zentralisiert, die Beitrags- und Leistungsverhältnisse teilweise unter dem Depressionsniveau fixiert, z.B. bei den Neurenten, und in ihrer Bewilligungspraxis terroristisch radikalisiert. Mit Kriegsbeginn ging das faschistische Regime zu bestimmten Modifikationen jener terroristischen sozialpolitischen Austeritätspolitik über: Es behob die gravierendsten Verarmungsfolgen, indem es immer mehr Gesellschaftsgruppen stigmatisierte, quasi subproletarisierte und vom Leistungsbezug überhaupt ausschloß.

All diese ineinandergreifenden arbeits- und sozialpolitischen Restriktionen führten zu gravierenden sozialen Umschichtungen innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung. Als produzierende Klasse war sie seit dem Übergang zum Rüstungsboom immer stärker den Bedingungen einer durchrationalisierten, konzentrierten und leistungsverdichtenden Fertigungstiefe ausgesetzt. Als Einkommensbezieher blieb sie jedoch an die Standards der Depressionsjahre gefesselt. Hinzu kam eine immer größer werdende Drift zwischen den Arbeits- und Sozialverhältnissen in Landwirtschaft, Verbrauchsgüter- und Rüstungsindustrie. Die Arbeiterklasse war immer signifikanter durch die Doppelbödigkeit einer vorweggenommenen Kriegssozialpolitik im Frieden geprägt, die sich nach einigen Irritationen in der ersten Kriegsphase dann problemlos auf den realen Kriegszustand übertragen ließ.

Die sozioökonomische Einfriedung der Arbeiter wurde praktisch von einer starken Proletarisierung begleitet, die jener Propaganda von der „Entproletarisierung des Arbeitertums“ diametral widersprach. Gab es 1933 knapp 16,2 Mill. Arbeiter (ohne Familienangehörige), von denen im Januar etwa 6 Mill. arbeitslos waren, so wurden im Sommer 1936 etwa 20 Mill. Arbeiter durch die neu eingerichteten Arbeitsbuchstatistiken erfaßt. Die Arbeitslosenziffer war auf unter 2 Mill. gesunken. Der höchste Vorkriegsstand wurde 1938 mit etwa 22 Mill. Arbeitern erreicht, die Arbeitslosigkeit war weitgehend verschwunden. Damit war aber auch das verfügbare Arbeitskräftepotential erschöpft und wurde in den Kriegsjahren dann v.a. aus den Ressourcen der besetzten Länder ergänzt bzw. ersetzt.

Erst eine **Arbeitergeschichte als Sozialgeschichte von unten** könne die überraschenden Brüche in jenem Prozeß der Zwangsintegration bloßlegen. Nach dem Schock der Niederlage hätte zunächst die Parole des Abwartens dominiert, weil es schlimmer nicht mehr werden könne. Zusätzlich manifestierte sich eine Alternativlosigkeit hinsichtlich der weiteren Entwicklung, denn weder die kommunistische Revolutionserwartung noch das gewerkschaftliche Integrationsangebot [17:] an den Hitlerfaschismus seien realisierbar gewesen. Vor allem habe das Loyalitätsangebot seitens der Gewerkschaftsführung und ihrer Presse stark desorientierende Folgewirkungen gehabt.

Als bedeutender, aber isolierter Unruheherd hätten sich die Arbeitslager der Umstellungsperiode erwiesen. Mit ihrer Erweiterung im Rahmen des Autobahnbaus, des Westwallbaus u.a. brachten sie den Zwangscharakter des Arbeitsverhältnisses am deutlichsten zum Ausdruck.

Innere Rekonstruktion und Rezentralisierung der Arbeiterklasse im Übergang zum Rüstungsboom erfolgten dagegen völlig ungesteuert. Massive soziale Umschichtungen, Landflucht, Ost-West-Wanderung ereigneten sich als selbstbestimmte innere Migration. Es entstand eine Kettenreaktion im Wechsel der Beschäftigungsverhältnisse von der Provinz in die neuen industriellen Zentren, von der Ernährungs- und Konsumgüterindustrie in die Rüstungswirtschaft, Metallindustrie und in die chemische Industrie. Sie sei von den Arbeitern durch informelle Akte der Verweigerung erzwungen worden und habe immer größere Fluktuationsraten hervorgebracht.

Das Fehlen von globalwirtschaftlichen Lenkungsstrukturen innerhalb der Einfriedungsmechanismen habe zu einer erstaunlichen Handlungsautonomie geführt. Die „Abstimmung mit den Füßen“ charakterisierte ROTH als ebenso flexibles wie wirksames Antwortverhalten. Jedoch sei der sich 1935 letztmalig konsolidierende politische Widerstand der Arbeiterbewegung nicht in der Lage gewesen, sich darauf zu beziehen, sondern habe die Taktik des Trojanischen Pferdes eingeschlagen.

Vom Herbst 1935 bis zum Juli 1937 habe es Ansätze einer Streikbewegung gegeben. In den Quellen seien 250 Kurzstreiks nachgewiesen. Sie fanden in Klein- und Mittelbetrieben der Provinz, aber auch bei Auto-Union und Opel statt. Obwohl sie sofort niedergeschlagen wurden und insgesamt mit 22.000 Teilnehmern weniger Arbeiter daran teilnahmen, als an einem einzigen großen Streik in der Weimarer Republik, dürfe man diese Versuche, die Möglichkeiten des offenen Klassenkonflikts auszuloten, in ihrer Bedeutung nicht unterschätzen. Sie widerlegten die These der neuen oral-history, 1936 sei das Jahr eines allgemeinen Übergangs von der erzwungenen Anpassung zu einer freiwilligen Loyalität gewesen.

Beim Übergang zum Krieg habe sich gezeigt, wie kurz der Weg von der aufgezwungenen Betriebsgemeinschaft zum Arbeiterzuchthaus und seinen Sonderstrafabteilungen war. Selbst in jenen neuen Zentren, etwa des Flugzeugbaus, wo vor allem unter jüngeren Arbeitern eine relevante Schicht mit faschistischer Loyalität zu verzeichnen war, wurde ein perfektes Überwachungs- und Bestrafungssystem entwickelt. Neben den Spitzeln im Betrieb, neben den Werkscharen sei hier das Amt Information als Geheimdienst der DAF zu nennen.

Die Wirksamkeit des Terrorsystems, die Etablierung einer faschistisch-loyalen Kaderschicht in den Betrieben, die Professionalisierung des DAF-Geheimdienstes wie auch die Zerstörung der letzten Rückzugsgebiete für oppositionelle Kerne in der DAF erklärten hinreichend, so das Urteil von ROTH, das Ausbleiben größerer Massenaktionen. Hierzu rechne auch die Fähigkeit der DAF, in Zusammenarbeit mit Kollaborateuren aus Gewerkschaften der besetzten Länder ein engmaschiges Netz zur Überwachung der in Deutschland eingesetzten ausländischen Arbeiter zu organisieren. Zweifellos hätten die zusätzlichen symbolischen Identifikationsangebote auf einige Arbeiter-[18:]gruppen loyaltätsbildend gewirkt, soweit sie mit spezifischen materiellen Besserstellungen verbunden gewesen seien. Eine generelle Integrationstendenz habe sich daraus aber nicht ergeben.

Abschließend wandte sich ROTH *Forschungskontroversen und offenen Fragen* zu. Der sog. *Integrationsauffassung* hielt er entgegen, daß gegenüber behaupteter Integration der Arbeiter eine Kombination von erzwungener Anpassung und Arbeiteropposition dominiert habe. Eine politisch entscheidende Minderheit sei zweifellos übergelaufen, in einigen entscheidenden Sektoren der Rüstungswirtschaft formierten sich auch loyale Minoritäten. Einzelne Argumente für die Integrationsthese, z. B. die Analyse der Vertrauensratswahlen von 1936, seien aufgrund der neuen Quellenzugänge widerlegt: Die Wahlen von 1936 wurden nach einer riesigen Mobilisierung des Sicherheitsamtes der DAF, des SD und der Gestapo abgesagt, weil im Kontext der sich formierenden Arbeiteropposition und der Abteilungsstreiks vom Sommer ein erster strukturelle Ansatz für die Überwindung der Abteilungsgrenzen entstanden wäre.

Zum oral-history-Ansatz der Arbeitsgruppe von Niethammer/Plato und ihrer Studie über das Ruhrgebiet lenkte ROTH die Aufmerksamkeit auf die befragte Population: Es seien Arbeiter befragt worden, die zwar nicht vorher, aber nach 1945 in der Gewerkschaft aktiv waren, und für die sich 1936/37 in bestimmten neuen Rüstungsunternehmen vor allem der Luftfahrtindustrie tatsächlich eine Basis für eine kleinfamiliäre Lebensperspektive entwickelt habe. Bei diesen Probanden Verdrängungen dominiert, seien selektive Erinnerungen produziert und zur Realität gemacht worden. Die lebensgeschichtlichen Interviews sagten mehr über die Verfaßtheit der Gruppen in den 50er Jahren als über den befragten Zeitraum aus, für den sie als repräsentativ gelten sollen. Die Ergebnisse seien nicht glaubwürdig, weil elementare Anforderungen der Methodenkritik nicht erfüllt worden seien: Weder wurden die mündlichen Quellen auf ihre Repräsentativität hin untersucht, noch das kritische Instrumentarium benutzt, das die oral-history-Forschung selbst entwickelt hat, um Verdrängungsmechanismen, Projektionen und Brüche aufzuarbeiten.

Gegen die *Alltagsgeschichte* wandte ROTH ein, in ihr werde die Rolle der Symbolpraktiken zu sehr isoliert, deren Gebrochenheit jedoch nicht thematisiert und ihre Deutungsbasis nicht hinterfragt. Sowohl „Ehre der Arbeit“ als auch „deutsche Qualitätsarbeit“ wären bereits in den 20er Jahren Abwehrmechanismen gewesen, die die industriesoziologische Revalorisierungsdebatte im Zeichen des Taylorismus verwandt habe. Der Ansatz müsse sich befragen lassen, ob er nicht Symbolpraktiken, die umgekehrt auch zur Identifikation und Ausgrenzung von Oppositionellen und Opfern benutzt wurden, zu sehr für bare Münze nehme. Dabei würden die Auswirkungen des Terrors und der Unterdrückung, die Rolle der Angsterzeugung durch ausmerzende Sozialhygiene – z. B. durch die Zwangssterilisierung, die „Aktion Arbeitsscheu Reich“, das Novemberpogrom und viele andere – auf die Arbeiterschaft unterschätzt. Der statistisch zufällige Terror dürfe von dem gezielten kollektiven Terror gegen genau definierte Gruppen nicht einfach absehen lassen. In der Kombination beider sei die Rolle der Denunziation als ein Aspekt zu bestimmen. Mit gezielter Ausgrenzung von Gruppen am Rande der Arbeiterklasse werde Angst eingesetzt, um Loyalität zu erzeugen. Dem standen kompensatorisch populäre Angebote an den Rassismus durchaus nicht entgegen.

[19:] Entschieden stimmte ROTH der Forderung Masons nach komparativen Untersuchungen der verschiedenen Faschismen zu und schlug als Gegenstände etwa die jeweiligen Arbeitsverfassungen oder die Formen der Zwangsorganisation der Arbeiter vor. Vergleiche böten sich auch hinsichtlich der Zwangsintegration der Arbeiter mit Hilfe der DAF und der Kollaborateure in den von Deutschland besetzten Ländern geradezu an. Die in Dänemark, Frankreich oder Norwegen praktizierten Formen der Zwangsintegration wiesen zahlreiche Gemeinsamkeiten mit jenen in Deutschland von 1933/34 praktizierten auf. Allerdings finden jene Massenstreiks von 1941 oder 1943 in den besetzten Ländern in Deutschland selbst keine Parallele.

In der *Diskussion* zu den Vorträgen der Sektion wurden vor allem folgende Komplexe erörtert: das Verhältnis beider Ansätze als Einheit, Ergänzung oder Gegensatz; Faschismustheorie als Klassentheorie und die Bedeutung theoretischer Reflexion für die Faschismusforschung; Stellenwert und Problematik der Rahmenbedingungen faschistischer Sozialpolitik; die Bedeutung der Kurzstreiks 1935-1937 und der Fluktuationen und ihre Bewertung als Arbeiteropposition; Repräsentanz und Praxis der Arbeiterklasse im Faschismus sowie der Stellenwert von Alltags- und Mentalitätsforschung für die Sozialgeschichte. Dazu sprachen WOLFGANG JACOBET (Fürstenberg), BERTHOLD PUCHERT, PAUL HEIDER (beide Potsdam), MICHAEL SCHNEIDER (Bonn), LUDWIG EIBER (München), DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN, CHRISTL WICKERT, DIETRICH EICHHOLTZ, JUTTA PETERSDORF, FRANK DINGEL, GERHART HASS, GERHART PAUL, WERNER RÖHR (alle Berlin) sowie beide Referenten.

Strittig war zunächst die Bedeutung der Kurzstreiks 1935-1937 und der Fluktuationen sowie beider Bewertung als *Arbeiteropposition* gegen den Faschismus. Solche Interpretation wurde z. T. als Wunschdenken klassifiziert, eine massive Arbeiteropposition habe es nicht gegeben. An 61% jener Streiks waren nicht mehr als 20 Arbeiter beteiligt, sie dauerten nicht länger als 3-5 Stunden und beschränkten sich auf jeweils eine Abteilung. Oft übernahmen DAF-Funktionäre die Forderungen. Die Taktik des Trojanischen Pferdes habe an der Saar durchaus Erfolg gehabt, auch bei Streiks.

Gegen eine Wertung dieser Streiks als bloßes instrumentelles Lohn-Durchsetzungs-Verhalten und der Fluktuation als ganz normales Konfliktverhalten von Arbeitern in einer Situation der Vollbeschäftigung, das keine politische Frontstellung und keine Arbeiteropposition ausgedrückt habe, wurde andererseits eingewandt, solche Wertung vernachlässige die Zwangsebene, denn sowohl die Streiks als auch der selbständige Wechsel des Arbeitsplatzes waren verboten. Beide erfolgten im klaren Bewußtsein des Verbots. Und die reale Massenfluktuation war gegen die Verbote erzwungen.

Die Kontroverse mündete in die Fragen: Was heißt Loyalität der Arbeiter gegenüber dem faschistischen Regime? Besteht sie in bloßer Hinnahme? Was wäre das Maß für Loyalität in einer Gesellschaft, die bereits die symbolischen Akte der Zustimmung obligatorisch und öffentlich forderte? Wie bewertet man positive Stellungnahmen solcher Symbolpraxis in Situationen, wo bereits deren



Verweigerung strafbar ist? Welche konkreten Verhaltensalternativen hatten Indu-[20:]striearbeiter in dem Widerspruch zwischen guter Arbeit für den Krieg und eigener politischer Überzeugung?

Mit der Kontroverse über die Arbeiteropposition gegenüber dem Faschismus unmittelbar verbunden war die Debatte um die Fragen: Was ist die Klasse, wer repräsentiert sie? Gibt es eine legitime Generalisierung der Klasse oder nur ihre Segmentierung? Die Klassenverhältnisse zu untersuchen, schließe ein, die differenten regionalen Strukturen sowie jene zwischen verschiedenen Segmenten zu berücksichtigen. Gegenüber der Symbolpraxis deutscher Qualitätsarbeit wurde darauf verwiesen, daß zunehmend die Masse der Arbeiter angelehrte waren, deren Arbeitsfeld und deren Situation damit nicht genügend berücksichtigt sei.

Nachdrücklich wurde hervorgehoben, daß sich Sozialgeschichte mit dem realen Verhalten zu beschäftigen habe, nicht mit einem Idealbild der Klasse, wie sie vielleicht sein solle. Das Bild von der Klasse dürfe nicht bereits Verhaltensweisen unterstellen, die Sozialgeschichte nicht mehr zu untersuchen habe. Allein in ihren Verhaltens-, Wahrnehmungs- und Äußerungsformen sei die Klasse gegeben.

Gegen das Verschwindenlassen der realen Existenzbedingungen hinter dem Verhaltensvollzug wurde eingewandt, daß in einem aneignenden Verhalten diese Bedingungen ebenso vorausgesetzt wie reproduziert würden. Als „Rahmenbedingungen“ dem konkreten Verhalten als Realität vorgegeben und gegenüberstehend, seien auch sie eine Realität des Verhaltens, und zwar sowohl der herrschenden Klassen wie der „Mittäterschaft“ der Arbeiter. Diese Realität könne mit einer „Verflüssigung“ der Verhältnisse allein zu Verhalten nicht eskamotiert werden. So sei etwa das Gesetz zur nationalen Arbeit, eine jener Rahmenbedingungen der Arbeitsverfassung im faschistischen Deutschland, selbst nicht nur als äußere Vorschrift, sondern als reales Verhalten – von den Unternehmern über die staatlichen Organe wie Treuhänder oder Gestapo oder DAF bis zu den Arbeitern selbst – zu untersuchen.

Von einer Reihe der Teilnehmer wurde eine Einheit beider Ansätze als in praxi gegeben unterstellt und unabhängig von konträren Intentionen ihrer Verfechter konkret als gegenseitige Ergänzung gesehen: Alltagsgeschichte könne die objektiven Rahmenbedingungen als eine Realität nicht straflos ignorieren. Das Alltagsverhalten reagiere auf sie, eigne sie an. Beide, Rahmenbedingungen wie Alltagsverhalten, habe Sozialgeschichte zu untersuchen. Allerdings, so wurde eingewandt, dürften jene Rahmenbedingungen eben nicht als ein Rahmen vorgestellt werden, der selbst dem Verhalten äußerlich bleibe, nicht selbst von ihm beeinflusst und reproduziert werde, auf den es nur reagiere.

Gegen die „Versöhnung“ der Ansätze oder ihre postulierte Einheit auf gegenständlicher Ebene wurde jedoch die theoretisch-methodische Spezifik des alltagsgeschichtlichen Ansatzes von dessen dezidierten Verfechtern geltend gemacht: Es handele sich nicht um Rahmenbedingungen und deren konkrete Ausfüllung, vielmehr sei die Vorstellung von „Rahmenbedingungen“ selbst das Problem. Die Vorstellungen von Klasse als Objektivität weit draußen, d.h. unabhängig von Verhaltensformen, seien radikal zu de-konstruieren. Auch könne nicht davon die Rede sein, daß sich die konträren Ansätze jeweils arbeitsteilig mit Segmenten der Wirklichkeit beschäftigten, die aber im [21:] Prinzip für alle erfaßbar wären. Vielmehr eröffne erst der spezifische Ansatz bestimmte Gegenstandsbereiche, die auch nur mit dessen Instrumentarium zu bewältigen seien, und schließe andere aus. Daher könne von Ergänzung keine Rede sein, die Ansätze stünden in keinem komplementären Verhältnis. Mit dem spezifischen Ansatz einer Rekonstruktion der Alltagspraxis gerate eine andere Wirklichkeit in den Blick. Damit entstehe auch eine andere Faschismustheorie.

In der Polemik um Einheit, Ergänzung oder auch um Kompatibilität der vorgetragenen Ansätze von Sozialgeschichte wurde deutlich, daß die Alltagsgeschichte von ihren anwesenden Verfechtern zwar als Disziplin verstanden wurde, die ungeachtet ihrer starken Konzentration auf Mentalitätsgeschichte nicht zwangsläufig darauf beschränkt sei. Doch begünstige die methodische Besonderheit des Ansatzes tendenziell eine Verselbständigung, die wiederum die Beschäftigung mit Verhaltensvollzügen, Wahrnehmungsmustern, mit einer Symbolpraxis und mit einer mündlichen Geschichte favorisiere und zum anderen von Bedingungen und Strukturen der sozialen Geschichte abtrenne und inkompatibel mache. Zu Problemen und zum Stellenwert der Mentalitätsgeschichte wie der oral history

innerhalb der Sozialgeschichte des Faschismus wurden in diesem Zusammenhang eine Reihe Fragen aufgeworfen, die direkt die Verfahrensweise der Alltagsforschung betreffen.

Hinsichtlich der oral history wurde beklagt, daß das Problem entscheidend nicht in dem liege, was ausgesprochen werde, sondern in dem, was nicht erinnert bzw. verschwiegen werde. Die Forschung dürfe aber das nicht Benannte nicht kurzschlüssig als nicht-existent behandeln. Ein Beispiel dafür sei das Kapo-System in den Konzentrationslagern. Für die mündliche Geschichte wie auch hinsichtlich der Forschungen zur Symbolpraxis sei für die Quellen nach dem Verhältnis von Imagination und Realität zu fragen. Theoriedefizite sowie ein Absehen von den objektiven Bedingungen der rekonstruierten sozialen Praxis führten dazu, jeweilige Praktiken in ihrer Unmittelbarkeit für sich zu nehmen und bereits als Erklärungsbasis für ausreichend zu halten. Isolierung der Phänomene als Herauslösung oder Nichtbeachtung ihrer strukturellen Zusammenhänge habe zur Folge, die Grundlage der Erklärung und Deutung nicht selbst kritisch zu befragen. Gerade mentalitätshistorische Forschungen müßten ihre theoretischen Voraussetzungen explizit artikulieren und die Validität ihres Ansatzes ausweisen, um nicht über die Unmittelbarkeit des Forschungsgegenstandes eine Selbständigkeit und Priorität von Imaginationen zu unterstellen.

Die freimütige Debatte um Klassentheorie oder Alltagsgeschichte des deutschen Faschismus fand für alle Streitfragen ihren jeweiligen Entzündungs- und Brennpunkt in der Frage nach Integration der Arbeiter oder Arbeiteropposition und damit in der konkreten Bewertung von Ausmaß und Bedeutung des Widerstandes und seiner Abhängigkeit von terroristischem Zwang.

[22:]

Gerhart Hass

**Tagung des Komitees der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Gesellschaft für die Geschichte des Zweiten Weltkrieges zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen vergleichender Betrachtung in der Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Mobilisierung und Radikalisierung“ in der Universität Köln am 30./31. Oktober 1992**

Nationale Betrachtungsweisen der Geschichte des Zweiten Weltkrieges haben nahezu ein halbes Jahrhundert vorgeherrscht. Subjektive, an das Handeln von Persönlichkeiten, Parteien und Apparate eines Landes gebundene Anschauungsweisen und häufig apologetische und rechtfertigende Absichten beeinflussten die Arbeit vieler Historiker. Erst mit der Zunahme des Zeitabstands zu jenem Inferno einer „Konfliktlösung“ zuerst europäischen, dann die ganze Welt erfassenden Charakters beginnen in den geschichtswissenschaftlichen Arbeiten komparatistische Denkansätze stärker hervorzutreten. Das Suchen nach überall vorhandenen, allgemeinen Erscheinungen und andererseits das Feststellen der Unterschiede und gegensätzlichen Entwicklungen mit Hilfe der Vergleichsmethode könnten dazu führen, manche bisherige Wertungen zu relativieren, viele Phänomene schärfer, oftmals aus anderer Perspektive zu sehen. Daraus könnten sich Wege für neue Fragestellungen öffnen.

Ziel der Veranstalter war es, die Problematik der Mobilisierung der verschiedenen Klassen und Schichten der Gesellschaft in den kriegführenden Staaten zu untersuchen, und die dabei zutage getretene Radikalisierung der Kriegführung, der Okkupations- und Wirtschaftspolitik sowie der Herrschaftsausübung bis hin zum „totalen Krieg“ auf dem Kolloquium anzudiskutieren. Dieses war von Jost DÜLFFER vom Kölner Historischen Seminar organisiert worden und wurde vom Vorsitzenden des Komitees GERHARD HIRSCHFELD (Stuttgart) eröffnet.

Aus dem großen Themenkomplex standen Vergleiche zwischen der Besatzungspolitik der Streitkräfte der Achsenmächte Deutschland und Italien sowie die Mobilisierung und Radikalisierung der Gesellschaften in den alliierten Staaten Großbritannien, Sowjetunion und USA im Kriegsverlauf zur Debatte.

Grundlage für die Diskussion zum ersten Themenkomplex war ein Vergleich der Kriegführung Deutschlands und Italiens in Referaten von JOHANNES STEINBERG (Cambridge) und WOLFGANG SCHIEDER (Köln). Das Thema wurde von STEINBERG auf der Basis eines Vergleichs der

Politik und Verhaltensweisen der deutschen und italienischen Armeen in Jugoslawien in den Jahren 1941 bis 1943 behandelt. Dabei arbeitete der Referent die unterschiedlichen Ziele der Achsenpartner auf dem Balkan heraus und unterschied deutlich bei der „barbarisation of warfare“ zwischen der deutschen und der italienischen Seite. Für die deutsche politische und militärische Führung war die barbarische, grausame Kriegführung von vornherein Bestandteil des Kriegsplans. In der Diskussion nannte BERND BONWETSCH (Bochum) diese Erscheinung auch „präventiven Radikalismus“. Dieser war ein einkalkuliertes Mittel der Machtausübung und -erhaltung, zugleich aber auch der Abschreckung. Massenerschießungen von Geiseln, das Niederbrennen von Dörfern, Hinrichtungen von Zivilisten und andere Kriegsverbrechen waren die Folge dieser deutschen Auffassung von der totalen Kriegführung.

STEINBERG setzte sich mit der, aus der rassistischen Ideologie der Hitlerbewegung resultierenden Einordnung der Serben in eine – vorher nur den Polen vorbehalten – „Untermenschenkategorie“ sowie mit der deutschen Weigerung, den südslawischen Völkern, mit Ausnahme der Slowenen und Kroaten, ein Recht auf eigene Elitebildung und Staatlichkeit zuzugestehen, auseinander. Dabei stellte er Vergleiche zur deutschen Haltung gegenüber Juden, Russen, „Bolschewiken“ sowie Sinti und Roma an.

Im Unterschied zur deutschen Kriegführung wurden italienischerseits „Sühnemaßnahmen“ und Zwangsarbeit prinzipiell abgelehnt. Das Geschehen auf dem Balkan zeigte generell, daß sich Führung und Mannschaften der italienischen Armee von ihren deutschen Verbündeten durch eine andersartige Mentalität und vor allem das Fehlen eines antisemitischen und antislawischen Rassismus und entsprechender Exekutivorgane abhoben. Einen „italienischen Himmler und seine SS“ gab es nicht, sagte STEINBERG. Allerdings existierten, wie im Referat von SCHIEDER und in der Diskussion festgestellt wurde, auch italienischerseits rassistische Haltungen, die vor allem in den Eroberungskriegen und in der Kolonialpolitik in Afrika offenkundig wurden.

Schließlich war sich die italienische Armeeführung im Unterschied zur deutschen der militärischen Schwäche der deutschen und italienischen Truppen auf dem Balkan, insbesondere in Jugoslawien von Anfang an bewußt. Sie zog daraus den Schluß, mit Teilen des Widerstands, insbesondere den Četniks, zu verhandeln, um die Hände für den Kampf gegen die von Tito geführten Verbände frei zu bekommen. Das Unterlassen zielgerichteter Grausamkeiten und Massenhinrichtungen erleichterte der italienischen Seite eine solche Politik. Erst als Folge der erbitterten Partisanen- und Bürgerkriegskämpfe in Jugoslawien verhärtete sich auch das italienische Vorgehen, wobei STEINBERG dieses Geschehen als „schleichende Radikalisierung“ bewertete.

Im Korreferat hob SCHIEDER hervor, daß Italien militärisch und kriegswirtschaftlich überfordert war, weil es schon ein Jahrzehnt in Afrika, Spanien und Albanien Krieg geführt hatte. Der dadurch zwar vorhandene hohe Stand der Mobilisierung der italienischen Gesellschaft insgesamt und der Armee im besonderen habe ab 1940/41 zu einer deutlichen Überanstrengung geführt. Unterschiede im italienischen und deutschen Herrschaftssystem sah SCHIEDER auch in der Rolle der Armee. Als Folge der Konflikte zwischen Wehrmacht und SS, aber auch mit den Sauckel, Speer, Rosenberg und anderen unterstellten Apparaten sei die Rolle der Wehrmacht als Widerstandspotential gegen die hitlersche inhumane Kriegführung gemindert worden. Ein bedeutsamer Unterschied war schließlich, daß die italienische Armee auf den König, die deutsche auf Hitler vereidigt war.

In der Diskussion nahm unter anderem die Frage, ob die Radikalisierung der Kriegführung eine Folge der ideologischen Kriegsziele der Okkupanten oder der Zuspitzung der allgemeinen Lage in dem vom Kampf rivalisierender national, ideologisch und religiös verfeindeter Kräfte erschütterten Jugoslawien war. Als schwierig erwies sich, eine Wertung der massenhaften Grausamkeiten der verschiedenen, zum Teil gegen die deutschen und italienischen Besatzer kämpfenden Wider-[24:]standsgruppen und ihrer militärischen Verbände untereinander, aber auch gegen die deutschen und italienischen Truppen. Offen blieben einige Fragen nach den unterschiedlichen deutschen und italienischen Kriegszielen in Südosteuropa.

Der zweite Themenkomplex war stark auf die Problematik konzentriert, wie die britischen, sowjetischen und US-amerikanischen Gesellschaften mit radikalen Denk- und Handlungsweisen ihre Kräfte für den Krieg mobilisierten. LOTHAR KETTENACKER (Deutsches Historisches Institut London) warf einleitend solche grundsätzlichen Fragen auf, ob der Zweite Weltkrieg in Großbritannien „bewältigt“ sei; oder ob der, in Folge des Machtniedergangs Großbritanniens zu „teuer“ erkaufte Sieg von 1945 gewissen Mythen Vorschub geleistet habe. Der Referent stellte fest, daß die durch den Kriegsausgang für Großbritannien entstandenen Probleme politisch keineswegs gelöst seien. Der von manchen Politikern und Historikern beschworene „Aufbruch in die Moderne“ sei nicht erfolgt. Insbesondere ist der im Kriege angesichts der äußeren Bedrohung angestrebte „wellfare state“ nicht verwirklicht worden, blieb das politische System über das Jahr 1945 hinaus im wesentlichen unverändert.

Detailliert untersuchte KETTENACKER die Mobilisierung der „homefront“ anhand der Einstellung der Bevölkerung zur Rationierung und Frauenarbeit. Allerdings habe sich die Hoffnung des „kleinen Mannes“, der in der Rationierung den Beginn einer größeren sozialen Gerechtigkeit zu sehen glaubte, als trügerisch erwiesen. Der „war socialism“ blieb ein schillernder Sammelbegriff und der „Linksrutsch“ war nur eine partielle und zeitweilige Erscheinung. Die kriegsbedingte Frauenarbeit, an der sich auch Frauen aus den Mittelschichten beteiligten, brachte für die Stellung der Frau in der Gesellschaft der Nachkriegsjahrzehnte keine grundlegenden Verbesserungen. In seinen Ausführungen über die sowjetische Gesellschaft im Kriege stellte BERND BONWETSCH (Bochum) einige, die Diskussion sehr anregende Thesen in den Vordergrund. Er ging davon aus, daß sich die Sowjetgesellschaft seit dem Ende der zwanziger Jahre in einem permanenten „inneren“ Kriegszustand befand. Dieser hatte einerseits zu einem Verfall des Konsumgütersektors einschließlich der Landwirtschaft, aber andererseits zu einer enormen Innovation und Steigerung der Rüstungsproduktion einschließlich der Grundstoffgewinnung sowie zur Ausweitung und Modernisierung der Armee geführt. Daraus leitete der Referent die These ab, daß die Sowjetgesellschaft beim deutschen Überfall bereits in einem solchen Maße mobilisiert war, daß es kaum noch Steigerungsmöglichkeiten im Kriege gegeben habe. Die berufstätigen Sowjetbürger waren durch Vorkriegsgesetze an den Arbeitsplatz und den Arbeitsort gebunden, es gab eine Siebentagearbeitswoche, und Millionen Entrechteter mußten in Lagern, oft in der Grundstoff- und Rüstungsindustrie, Zwangsarbeit leisten. Aus der Tatsache, daß Zwang und Terror als Folge eines panikartigen Mißtrauens der obersten Führung um Stalin gegenüber der Masse der eigenen Bevölkerung einschließlich großer Teile der Kommunistischen Partei und der Roten Armee zu den wesentlichen Merkmalen der Sowjetgesellschaft vor und nach Beginn des Krieges gehörten, zog BONWETSCH den Schluß, daß sowohl die Mobilisierung als auch die beispiellose Leidens- und Leistungsfähigkeit der Sowjetbürger in erster Linie auf Repression und nicht – wie von sowjetischen und anderen Historikern behauptet – auf ideologischen und „sowjetpatriotischen“ Motivationen [25:] beruhten. Die mit Kriegsbeginn einsetzende neue Welle von Terror- und Zwangsmaßnahmen, wie die Massenverhaftungen und Zwangsverbannungen, die Repressalien gegen Angehörige von in deutsche Kriegsgefangenschaft geratenen Sowjetsoldaten, die Erschießung von Offizieren und Rotarmisten, die sich unter dem Druck des deutschen Vormarschs zurückgezogen hatten, Verbote Radios, Fotoapparate und Telefone zu besitzen bzw. zu benutzen usw., stellten zwar eine weitere Stufe der Radikalisierung dar, fügten sich jedoch nahtlos in die seit zwei Jahrzehnten bestehenden stalinschen Herrschaftsmethoden ein.

Als sich Stalin, Berija, Molotow und die anderen Spitzenfunktionäre – offensichtlich zur eigenen Überraschung – davon überzeugten, daß die Bevölkerung der Sowjetunion gar nicht so unzuverlässig war, wie sie angenommen hatten, nicht in Massen zum Feind überlief, sondern Widerstand leistete, wurde das Repressionsregime etwas gelockert. Für diese Kombination von Zwang und „Überzeugung“ als Mittel der Führung und Beherrschung der Sowjetgesellschaft in den letzten Kriegsjahren führte BONWETSCH als Beispiele an: Das Anknüpfen an vorrevolutionäre Werte, das Würdigen russischer Feldherren im „Vaterländischen Krieg“ gegen Napoleon, das Zugestehen größerer Freiräume für die orthodoxe Kirche, das Anpreisen „heiliger russischer Werte“ einschließlich des Mutterbildes als Verkörperung der Heimat („rodina mat’“), aber auch das Propagieren von Haßlosungen

gegen die „faschistischen deutschen Eroberer“. Wie relativ die „Lockerung“ der Herrschaft war erläuterte BONWETSCH am Beispiel des auch nach dem Sieg fortgesetzten Terrors gegen verschiedene ethnische Gruppen, gegen Sowjetbürger, die in deutsche Gefangenschaft geraten oder als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt worden waren sowie gegen deren Angehörige, gegen „Kollaborateure“ in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten usw.

Die zugespitzte Analyse der äußerst widersprüchlichen Entwicklung in der UdSSR gab in der Diskussion, an der sich WILHELM DEIST (Freiburg), JOST DÜLFFER (Köln), GERHART Hass (Berlin), GERHARD HIRSCHFELD (Stuttgart), LOTHAR KETTENACKER (London), JONATHAN STEINBERG (Cambridge) und andere beteiligten, Anlaß zu verschiedenen Überlegungen und Kontroversen. Dazu gehörte die Frage, ob die sowjetische Ideologie und Erziehung von 1917 bis 1941 tatsächlich nahezu ohne Einfluß auf das Denken und Handeln der Masse der sowjetischen Soldaten, Rüstungsarbeiter und des gesamten Hinterlandes waren? Noch gibt es keine Forschungsergebnisse, die Schlüsse erlauben, welchen Grad einer Motivation für den Kampf gegen den deutschen Aggressor die kommunistische Ideologie und Propaganda erreichte. Wie stark wirkte die Losung, es gälte in diesem Krieg, den Sieg des „Faschismus“ in seiner von Hitlerdeutschland geprägten Gestalt im Weltmaßstab zu verhindern? Inwieweit verstärkte die Antihitlerkoalition das Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen? Diese Koppelung des Faschismusbegriffs an die Herrschaft der führenden Kreise des „Weltimperialismus“ bedingte andererseits, daß ein Sieg der deutschen Wehrmacht mit der Rückkehr der zaristischen Gutsbesitzer, der aus- und inländischen Großkapitalisten gleichgesetzt wurde, was Millionen motivierte, das vermeintliche Volkseigentum davor mit dem eigene Leben zu schützen.

[26:] Die Diskussion machte deutlich, daß Forschungen, die verlässliche Ergebnisse über den tatsächlichen Grad der Identifikation eines Teils der sowjetischen Bevölkerung – über dessen Größe es nur vage Vermutungen gibt – in jenen Jahren mit dem, was von der Führung der KPdSU (B) als Sozialismus ausgegeben wurde, bisher nicht vorliegen. Angesichts der deutschen Erfahrungen nach 1945 und der Kenntnis der massenhaften Wendehälsigkeit nach dem Zerfall des „sozialistischen“ Systems Ende der achtziger Jahre, wo jedesmal konjunkturbedingte Beschwörungen erfolgten, immer nur unter Zwang und Druck gehandelt zu haben, wurde auf dem Kolloquium klar, welche sorgfältigen Analysen noch zu erstellen sind, um die Wirkung ideologischer, diktatorischer, repressiver und anderer Machtmittel auf das Verhalten von Millionen Menschen zu erforschen.

Der abschließende Vortrag von JÜRGEN HEIDEKING (Köln) verdeutlichte, daß sich das Konzept des Einsatzes der Gesellschaft für den Krieg in den USA wesentlich von der Entwicklung in Großbritannien und der Sowjetunion unterschied. Als militärisch ernsthaft nie bedrohtes Land konnte die Führung der USA sich voll auf die Mobilisierung der Kriegswirtschaft konzentrieren. In einem für den Historiker gut überschaubaren Zusammenspiel zwischen den Rüstungsausgaben des Staates, der Steigerung der Rüstungsproduktion und den Gewinnen der Industrie funktionierten die Mechanismen eines privaten Wettbewerbs. Als einziges kriegführendes Land wuchs in den USA das Bruttosozialprodukt schneller als die Rüstungsausgaben. Der Lebensstandard stieg, der private Verbrauch war höher als vor dem Kriege, während er in Großbritannien um dreißig Prozent sank. Eine wichtige Folge des Wirkens dieser Mechanismen war, daß materielle Anreize das bevorzugte Mobilisierungsmittel, dagegen Zwangsmaßnahmen die Ausnahme waren. Selbst der Zuwachs der Berufstätigkeit von Frauen um zweiunddreißig Prozent war ein Ergebnis motivierender Werbung, keineswegs von Dienstverpflichtungen oder dergleichen.

Den zahlreichen treffend ausgewählten Beispielen über die „Selbstmobilisierung“ stellte HEIDEKING die durchaus vorhandenen Anzeichen einer Radikalisierung in der Innenpolitik der USA gegenüber. Im Ergebnis eines „Drucks von unten“ hätten sich Nonkonformisten und Kritiker des Kurses Roosevelts an den Rand der Gesellschaft gedrängt gesehen. Von „oben“, von Seiten des Staates, wurden „feindliche Ausländer“, darunter 127 000 Japaner, interniert. Die Überwachung der Bevölkerung durch Geheimdienste nahm in einer, häufig fundamentale Grundrechte der Bürger verletzenden Weise im Kriege zu.

Schließlich warf HEIDEKING als Fragen zum Komplex Radikalisierung der Kriegführung die Problematik des Bombenkrieges, der Atomwaffen und der „unkonventionellen“ Maßnahmen im Zusammenhang mit Sabotageakten und Guerillakriegen auf. Vieles auf diesen Gebieten sei nicht im Einklang mit den Regeln des Völkerrechts geschehen.

Die Gesamtdiskussion und das Schlußwort von HIRSCHFELD unterstrichen, daß mit vergleichenden Methoden über Kriterien für die verschiedenen Elemente ideologischen und militärischen, aber auch mentalen und psychischen Charakters weitere Überlegungen angestellt werden müssen. Dadurch und vor allem durch einen freien Meinungs austausch könnte die häufig noch anzutreffende Enge der Schlußfolgerungen in Arbeiten aus rein nationalstaatlicher oder einseitig ideologischer Sicht überwunden werden.

[27:]

### **Veröffentlichungen der Mitglieder der Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. der Jahre 1992 und 1993**

Zusammengestellt von Brigitte Berlekamp

#### **Berlekamp, Brigitte**

Berlekamp, Brigitte: Rassismus, Holocaust und die „Historisierung“ des Nationalsozialismus: Zu einem nicht beendeten Disput. In: Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer. Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 96-107

#### **TAGUNGSBERICHTE**

Berlekamp, Brigitte: Aus der Werkstatt der Weltkriegsforschung (1939). In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1993) 2, S. 127-128

Berlekamp, Brigitte: Deutsch-deutscher Rechtsverkehr bei der Verfolgung von NS-Verbrechen 1945 bis 1990. In: Geschichte – Erziehung – Politik, (1993) 7/8, S. 488-491

Berlekamp, Brigitte: Krise der deutschen Kriegswirtschaft 1943-1945. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 4, S. 137-147

Berlekamp, Brigitte: Die ökonomische Kriegsbereitschaft Deutschlands und Polens 1939. In: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e.V., Bulletin, (1993) 1, S. 9-12

#### **Eichholtz, Dietrich**

Eichholtz, Dietrich: Der „Generalplan Ost“ als genozidale Variante der imperialistischen Ostexpansion. In: Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. - Berlin: Akademie Verlag, 1993. S. 118-124

Eichholtz, Dietrich: Der „Generalplan Ost“ und seine Opfer. In: Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer. Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 291-299

Eichholtz, Dietrich: Die Imperialismustheorie Lenins und der Krieg gegen die Sowjetunion. In: Gegen das Vergessen: Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941-1945; Deutsch-sowjetische Historikerkonferenz im Juni 1991 in Berlin über Ursachen, Opfer, Folgen des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion / Hrsg. von Klaus Meyer und Wolfgang Wippermann. Frankfurt/M.: Haag & Herchen, 1992. S. 33-42

[28:] Eichholtz, Dietrich: Rüstungswirtschaft und Arbeiterleben am Vorabend der Katastrophe (1943/44). In: Brandenburg in der NS-Zeit: Studien und Dokumente. Berlin: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 1993. S. 63-112: Ill., Tab.

Eichholtz, Dietrich: Wirtschaftskollaboration und „Ostgesellschaften“ in NS-besetzten Ländern (1941-1944). In: Patient Geschichte: Für Karl Heinz Roth / Hrsg. von Karsten Linne und Thomas Wohlleben. Frankfurt /M.: Zweitausendeins, 1993. S. 207-228

Auch in: Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration, Gosen 5.-7. März 1992, Referate (1992)

Eichholtz, Dietrich: Zur deutschen Geschichte in den 30er Jahren: Probleme und Versäumnisse unserer Geschichtsschreibung. In: Krise - Umbruch - Neubeginn: Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90 / Hrsg. von Rainer Eckert, Wolfgang Küttler und Gustav Seeber. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka. Stuttgart: Klett-Cotta, 1992. S. 392-407

## **HERAUSGEBERSCHAFT**

Brandenburg in der NS-Zeit: Studien und Dokumente / Hrsg. von Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel. Berlin: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung,

1993. 501 S.: Ill., Kt., Tab.

Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer / Hrsg. von Werner Röhr in Zusammenarbeit mit Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Wolfgang Wippermann. Berlin: Akademie Verlag, 1992. 454 S.

## **LITERATURBERICHTE UND REZENSIONEN**

Eichholtz, Dietrich: Literaturbericht zur Politik und den Verbrechen des NS-Staates im Zweiten Weltkrieg. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 4, S. 105-113

Die deutsche Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten 1941-1943: Der Abschlußbericht des Wirtschaftsstabes Ost und Aufzeichnungen eines Angehörigen des Wirtschaftskommandos Kiew. Boppard/Rh., 1991. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 11, S. 1037 f.

Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Bd. 23, Bd. 29, Bd. 36. Koblenz, 1991. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1992) 10, S. 1002 f.

[29:] Inventar archivalischer Quellen des NS-Staates: Die Überlieferung von Behörden und Einrichtungen des Reichs, der Länder und der NSDAP. München [u. a.], 1991. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 12, S. 1149

Kaienburg, Hermann: „Vernichtung durch Arbeit“: Der Fall Neuengamme. Bonn, 1990. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1992) 8, S. 801

Lindner, Stephan H.: Das Reichskommissariat für die Behandlung feindlichen Vermögens in Zweitem Weltkrieg: Eine Studie zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des nationalsozialistischen Deutschlands. Stuttgart, 1991. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 10, S. 995 f.

Petrick, Fritz: Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ 1940-1945: Eine Studie zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa. Frankfurt/M. [u. a.], 1992. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 11, S. 1053 f.

Streit, Christian: Keine Kameraden. - Bonn, 1989. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1992) 7, S. 711

## **Gossweiler, Kurt**

Gossweiler Kurt: Aus dem Arsenal des Kalten Krieges: Zu Olaf Groehlers Artikel „Aber sie haben nicht gekämpft“ in konkret 5 /1992. In: konkret, (1992) 8

Gossweiler, Kurt: Ein Brief in der SED zum 17. Juni 1953. In: Weißenseer Blätter, (1992) 1

Gossweiler, Kurt: Diskussionsbeitrag auf der Konferenz „Deutsche Faschismusforschung heute“, 8./9. November 1990. In: Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer. Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 237 f.

Gossweiler, Kurt: Hintergründe des 17. Juni 1953. In: Marxistische Blätter, (1993) 3

Gossweiler, Kurt: Der 'Moderne Revisionismus' und die Niederlage des Sozialismus. In: Weißenseer Blätter, (1992) 4

Gossweiler Kurt: Revolution und Konterrevolution in Deutschland: Einige Bemerkungen zu den Hypothesen von Rainer Eckert. In: Weißenseer Blätter, (1992) 1/2

[30:] Gossweiler, Kurt: Von der Astronomie zur Astrologie?: Zu Wolfgang Ruges Absage an den wissenschaftlichen Sozialismus. In: Weltbühne, (1992) 38

Gossweiler, Kurt: Wie auf den Antifaschulen des NKFD das antifaschistische Nachkriegsdeutschland vorbereitet wurde. In: Zum deutschen Neuanfang 1945-1949: Tatsachen, Probleme, Ergebnisse, Irrwege; Die Arbeiterbewegung und die Entstehung der beiden deutschen Staaten. Bonn: Pahl-Rugenstein Nachf., 1993. S. 327-339

### **Hass, Gerhart**

Hass, Gerhart: Die Deportation der deutschen Minderheit in der UdSSR im Zweiten Weltkrieg. In: Gegen das Vergessen: Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941-1945; Deutschsowjetische Historikerkonferenz im Juni 1991 in Berlin über Ursachen, Opfer, Folgen des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion / Hrsg. von Klaus Meyer und Wolfgang Wipperman. Frankfurt/M.: Haag & Herchen, 1992. S. 117-133

Hass, Gerhart: Weltkrieg – Okkupation – Genozid. In: Faschismus und Rassismus: Kontroverse um Ideologie und Opfer. Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 239-256

Hass, Gerhart: Die Rolle der Kollaboration in den besetzten Gebieten der Russischen Föderativen Sowjetrepublik für die deutsche Besatzung. In: Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration, Gosen 5.-7. März 1992, Referate (1992)

Hass, Gerhart: Weltmachtziele - Europastrategie - Besatzungspolitik: Aspekte einer vergleichenden Okkupationsforschung. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 2, S. 12-30

### **HERAUSGEBERTÄTIGKEIT**

Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer / Hrsg. von Werner Röhr in Zusammenarbeit mit Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Wolfgang Wippermann. Berlin: Akademie Verlag, 1992. 454 S.

### **REZENSIONEN**

Neutralität und totale Aggression. Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg / Hrsg. von Robert Bohn, Jürgen Elvert, Hain Rebas und Michael Salewski. Stuttgart, 1991. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1993) 1

[31:]

### **Heider, Paul**

Heider, Paul: Gedanken zum Antifaschismus in der Geschichte der DDR. In: 1933-1993: Fragen an die deutsche Geschichte; Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland. Jena: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft, 1993. S. 159-164

Heider, Paul: Gründung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ und des Bundes Deutscher Offiziere – alleiniges Verdienst der Führung der KPD oder sowjetischer Entschluß. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1992) 3, S. 4-24

Heider, Paul: Stalingrad – sinnloses Kämpfen und Sterben einer Armee. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1992) 3, S. 33-48

### **BERICHTE UND REZENSIONEN**

Heider, Paul: Rote Kapelle: Ein Porträt der Widerstandsgruppe um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen. Ausstellungsbericht. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 2, S. 145



Leonhard, Wolfgang: Spurensuche: 40 Jahre nach „Die Revolution entläßt ihre Kinder“. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1993) 2, S. 132-134

### **Lozek Gerhard**

Lozek, Gerhard: Stalinismus – Ideologie, Gesellschaftskonzept oder was? Berlin: „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., 1993. 33 S. (Klartext; 4)

### **Moll, Martin**

Moll, Martin: Deutsche Flugblattpropaganda im Polenfeldzug und während des „Sitzkrieges“ = German leaflet propaganda during the Polish campaign and the „phony war“ 1939/1940 (deutsch und englisch). In: The Falling Leaf, Sandrige, (1992) 4, S. 150-159

Moll, Martin: Land und Herrschaft im Oberen Feistritztal. In: Land um Birkfeld: Zur Geschichte des Oberen Feistritztales / Hrsg. von Robert F. Hausmann. Birkfeld, 1993. S. 13-26

Moll, Martin: Microfiche-Edition „Akten der Partei-Kanzlei“ der NSDAP: Eine zentrale Quelle zur Mediengeschichte des Dritten Reiches und ein notwendiges Korrektiv zu Goebbels' Tagebüchern. In: Publizistik, (1992) 4, S. 490-498

[32:] Moll, Martin: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. In: Historicum, (1992) (Sommer), S. 3 f.

Moll, Martin: Der Sturz alter Kämpfer: Ein neuer Zugang zur Herrschaftsanalyse des NS-Regimes. In: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft, (1992) 1, S. 1-51

Moll, Martin: Wer beerbt Erik den Roten?: Der Streit um Grönland 1920-1945 und sein Austrag; Vom Haager Gerichtshof zur versuchten Revision mit Hitlers Deutschland als Partner. In: Deutschland, Europa und der Norden: Ausgewählte Probleme der nordeuropäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert / Hrsg. von Robert Bohn. - Stuttgart, 1993. - (Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft; Beiheft 6). S. 53-95

### **REZENSIONEN**

Die Anfänge des Deutschen Fernsehens: Kritische Annäherungen an die Entwicklung bis 1945 / William Uricchio (Hrsg.). Tübingen, 1991. (Medien in Forschung und Unterricht: Serie A; 30). In: Publizistik (1992) 2, S. 274 f.

Azaryahu, Maoz: Vom Wilhelmplatz zum Thälmannplatz: Politische Symbole im öffentlichen Leben der DDR. Gerlingen, 1991. (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv; 13). In: Publizistik, (1993) 1, S. 115-117

Berliner Zeitungen und Wochenblätter in Berliner Bibliotheken: Katalog der Bestände vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart / Heinz Gittig und Willi Höfig (Hrsg.). Berlin, 1991. In: Publizistik, (1992) 2, S. 275

Black, Peter: Ernst Kaltenbrunner: Vasall Himmlers; Eine SS-Karriere. Paderborn, 1991. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1992) 2, S. 531 f.

Deutschland – Italien 1943-1945: Aspekte einer Entzweigung / Hrsg. von Rudolf Lill. - Tübingen, 1992. In: Das Historisch-Politische Buch, 41 (1993), S. 121

Findeisen, Jörg-Peter: Karl XII. von Schweden: Ein König, der zum Mythos wurde. Berlin, 1992. In: Historicum, (1992) 30, S. 34

Gellermann, Günther W.: ... und lauschten für Hitler: Geheime Reichssache; Die Abhörzentralen des Dritten Reiches. - Bonn, 1991. In: Publizistik, (1993) 1, S. 114 f.

[33:] Giefer, Rena; Giefer, Thomas: Die Rattenlinie: Fluchtwege der Nazis. Eine Dokumentation. Frankfurt/M., 1991. In: Das Historisch-Politische Buch, 40 (1992), S. 306 f.

Hartmann, Christian: Halder: Generalstabschef Hitlers 1938-1942. Paderborn, 1991. (Sammlung Schöningh zur Geschichte und Gegenwart). In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1993) 1, S. 258 f,

Huber, Gabriele: Die Porzellanmanufaktur Allach-München GmbH: Eine Wirtschaftsunternehmung der SS zum Schutz der „deutschen Seele“. Marburg, 1992. In: Das Historisch-Politische Buch, 41 (1993), S. 129

Kohlmann-Viand, Doris: NS-Presspolitik im Zweiten Weltkrieg: Die „Vertraulichen Informationen“ als Mittel der Presselenkung. München; New York; London; Paris, 1991. (Kommunikation und Politik; 23). In: Publizistik, (1992) 1, S. 128 f.

Lowry, Stephen: Pathos und Politik: Ideologie in Spielfilmen des Nationalsozialismus. Tübingen, 1991. - (Medien in Forschung und Unterricht: Serie A; 31). In: Publizistik, (1993) 1, S. 105 f.

Petrick, Fritz: Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ 1940-1945: Eine Studie zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa. Frankfurt/M., 1992. (Europäische Hochschulschriften: R. III; 512). In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 1, S. 93-95

Pressehandbuch 1991: Medien und Werbung in Österreich / Verband Österreichischer Zeitungsverleger und Zeitungsverleger (Hrsg.). - Wien, 1991. In: Publizistik, (1992) 1, S. 144 f.

Rauh, Manfred: Geschichte des Zweiten Weltkrieges. Teil 1: Die Voraussetzungen. Berlin 1991. In: Das Historisch-Politische Buch, 41 (1993), S. 120 f.

Sternheim-Peters, Eva: Die Zeit der großen Täuschungen: Eine Jugend im Nationalsozialismus. o. O., 1992. In: Das Historisch-Politische Buch, 41 (1993), S. 212 f.

Stöber, Rudolf: Pressefreiheit und Verbandsinteresse: Die Rechtspolitik des „Reichsverbands der deutschen Presse“ und des „Vereins Deutscher Zeitungs-Verleger“ während der Weimarer Republik. Berlin, 1992. (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik; 14). In: Publizistik, (1992) 3, S. 395 f.

[34:] Tüchel, Johannes: Konzentrationslager: Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der Konzentrationslager“ 1934-1938. Boppard /Rh., 1991. (Schriften des Bundesarchivs; 39). In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1992) 1, S. 220 f.

Weißmann, Karlheinz: Schwarze Fahnen, Runenzeichen: Die Entwicklung der politischen Symbolik der deutschen Rechten zwischen 1890 und 1945. Düsseldorf, 1991. In: Publizistik, (1993) 1, S. 117.

World War II: Roots and Causes. Second Edition. Revised, edited and with an Introduction by Keith Eubank. Lexington; Toronto, 1992. (Problems in European Civilization Series). In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1993) 1, S. 194 f.

### **Pätzold, Kurt**

Pätzold, Kurt: Judenmord und Kriegsaufwand. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, (1993) 5, S. 47-58

Pätzold, Kurt: NS-Prozesse in der DDR. In: Nationalsozialismus und Justiz: Die Aufarbeitung von Gewaltverbrechen damals und heute. Münster: agenda Verlag, 1993. S. 35-50

Pätzold, Kurt: Research on Fascism and Antifascism in the German Democratic Republic: A Critical Retrospective. In: Radical History Review, (1992) 54, S. 87-109

Pätzold, Kurt; Schwarz, Erika: Tagesordnung Judenmord: Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942; Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“. 2. u. 3. Aufl. Berlin: Metropol-Verlag, 1992. (Dokumente, Texte, Materialien; 3)

Pätzold, Kurt: Die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz. In: Zeitgeschichte, (1992) 1/2, S. 1-16

Pätzold, Kurt: „Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet.“: Zum 50. Jahrestag der Wannsee-Konferenz. In: Theresienstadt in der „Endlösung der Judenfrage“. Prag: Panorama Verlag, 1992. S. 51-62

Pätzold, Kurt: Die Wannsee-Konferenz: Zu ihrem Platz in der Geschichte der Judenvernichtung. In: Faschismus und Rassismus: Kontroverse um Ideologie und Opfer. Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 257-290

Pätzold, Kurt: What new start?: The end of historical study in the GDR. In: German history, (1992) 3, S. 392-404

[35:] „Wir verreisen...“: In die Vernichtung; Briefe 1937-1944 / Hrsg. von Hanne Hiob und Gerd Koller. Eingeleitet und mit Erläuterungen von Kurt Pätzold und Erika Schwarz. Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1993

### **Petrick, Fritz**

Petrick, Fritz: Der deutsch-dänische Nichtangriffsvertrag vom 31. Mai 1939 und die Neutralität der nordischen Staaten am Vorabend des zweiten Weltkrieges. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1992) 4, S. 350-355

Petrick, Fritz: Der „Leichtmetallausbau Norwegen“ 1940-1945: Eine Studie zur deutschen Expansions- und Okkupationspolitik in Nordeuropa. Frankfurt/M.: Peter Lang, 1992. 224 S.: III., Tab. (Europäische Hochschulschriften: R. III; 512)

Petrick, Fritz: Der 9. April 1940 und die „Neuordnung“ Nordeuropas. In: Deutschland, Europa und der Norden / Hrsg. von Robert Bohn. - Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1993. S. 97-105.

Petrick, Fritz (Unter Mitarbeit von Reinhard Abraham, Helma Kaden und Eva Hintze): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945). Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1992. 264 S.: Ill. (Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus [1938-1945], Achtbändige Dokumentenedition; 7)

Petrick, Fritz: Rolle, Probleme und Ergebnisse der Kollaboration in Norwegen für die deutsche Besatzungspolitik 1940-1945. In: Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration, Gosen 5.-7. März, Referate (1992)

### **REZENSIONEN**

Arbeiderbevegelsens historie i Norge, Bd. 1-6, Tiden Norsk Forlag/Oslo 1985-1990. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 4, S. 115-117

Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg / Hrsg. Martin Broszat (+) und Klaus Schwabe. München, 1989.

Der Weg der deutschen Eliten in den zweiten Weltkrieg / Hrsg. von Ludwig Nestler. Berlin, 1990. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 1, S. 69-72

Lorenz, Einhart: Exil in Norwegen: Lebensbedingungen und Arbeit deutschsprachiger Flüchtlinge 1933-1943 / Mit einem Vorwort von Willy Brandt. Baden-Baden, 1992.

(Nordeuropäische Studien; 7). In: Nordeuropaforum, (1993) 2, S. 57 f.

[36:] Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933-1945 / Hrsg. von Anselm Faust. Köln, 1992. In: Das Historisch-Politische Buch, (1993) 3/4, S. 154

### **Röhr, Werner**

Röhr, Werner: Faschismus und Rassismus: Zur Stellung des Rassenantisemitismus in der nationalsozialistischen Ideologie und Politik. In: Faschismus und Rassismus: Kontroversen über Ideologie und Opfer. - Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 23-65

Röhr, Werner: Die faschistische Okkupationspolitik in Polen 1939 bis 1945 und die Stellung dieses Landes in den Plänen für eine „Neuordnung“ Europas. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 3, S. 43-63

Röhr, Werner: Grundzüge der deutschen Okkupationspolitik im zweiten Weltkrieg: Ein Ansatz zu ihrer vergleichenden Untersuchung. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, (1993) 3, S. 91-103

Röhr, Werner: „Nationaler Aufbruch“?: Zur Funktion der konterrevolutionären Massenmobilisierung für die Konstitution der faschistischen Diktatur in Deutschland. In: 1933-1993: Fragen an die deutsche Geschichte, Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland. Jena: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., 1993. S. 65-80

Röhr, Werner: Okkupation und Kollaboration – Fragen und Überlegungen zu Begriff, Dimensionen und Funktionen der Kollaboration mit der deutschen Besatzungsmacht im zweiten Weltkrieg. In: Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration, Gosen 5.-7. März 1992, Referate (1992)

Röhr, Werner: Rassismus, Politik und Ökonomik beim Völkermord der deutschen Faschisten: Über die utilitaristische Funktion der Menschenvernichtung für die „Modernisierung“ und „Neuordnung“ des von den Nazis besetzten Europa. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, (1993) 5, S. 35-46

Röhr, Werner: Das Sudetendeutsche Freikorps – Diversioninstrument der Hitlerregierung bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen, (1993) 1, S. 35-66

Röhr, Werner: Zum Zusammenhang von nazistischer Okkupationspolitik in Polen und dem Völkermord an den polnischen Juden. In: Faschismus und Rassismus: Kontroversen über Ideologie und Opfer. Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 300-316

[37:]

## **HERAUSGEBERSCHAFT**

Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration, Gosen 5.-7. März 1992; Referate / Hrsg. vom Projekt vergleichende Okkupationsforschung in Zusammenarbeit mit der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts und dem Bundesarchiv. - o. O. (Berlin), o. J. (1992), 424 S.

Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer / Hrsg. von Werner Röhr in Zusammenarbeit mit Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass und Wolfgang Wippermann. Berlin: Akademie Verlag, 1992. - 454 S.

## **TAGUNGSBERICHTE UND REZENSIONEN**

Röhr, Werner: Der geschichtliche Ort des 30. Januar 1933. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 3, S. 120-125

Aly, Götz; Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung: Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. - Hamburg, 1991. In: Deutsche Literaturzeitung, (1992) 1/2, Sp. 102-105

Auch in: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für Sozialwissenschaftlichen Diskurs, (1992) 6, S. 108-112

Blinde unterm Hakenkreuz – Erkennen, Trauern, Begegnen / Hrsg. von Martin Jaedicke und Wolfgang Schmidt-Block. Marburg, 1991. In: Deutsche Literaturzeitung, (1992) 5/6, Sp. 393-396

Klepsch, Thomas: Nationalsozialistische Ideologie: Eine Beschreibung ihrer Struktur vor 1933. Münster-Hamburg, 1990. (Studien zum Nationalsozialismus; 2). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 4, S. 346-348

Mallmann, Klaus Michael; Paul, Gerhard: Herrschaft und Alltag: Ein Industrieviertel im Dritten Reich. Unter Mitarbeit von Hans-Henning Krämer. Bonn, 1991. (Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945; 2) In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 7, S. 641-644

### **Roth, Karl Heinz**

Roth, Karl Heinz: Das Arbeitswissenschaftliche Institut der Deutschen Arbeitsfront und die Ostplanung. In: Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin: Akademie Verlag, 1993. S. 215-225

[38:] Roth, Karl Heinz: Die Daimler-Benz AG: Ein Rüstungskonzern im „Tausendjährigen Reich“; Forschungsstand, Kontroversen, Kritik. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 1, S. 40-64

Roth, Karl Heinz: „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost“: Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse. In: Der „Generalplan Ost“: Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin: Akademie Verlag, 1993. S. 25-95

Roth, Karl Heinz: Historiographie der DDR und Probleme der Faschismusforschung. In: Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer. - Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 228-236

Roth, Karl Heinz: Historisierung des Nationalsozialismus? Tendenzen gegenwärtiger Faschismusforschung. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, (1993) 5, S. 11-22

Roth, Karl Heinz: Intelligenz und Sozialpolitik im „Dritten Reich“: Eine methodisch-historische Studie am Beispiel des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront. München; New Providence; London; Paris, 1993

Roth, Karl Heinz; Linne, Karsten: Searching for Lost Archives: New documentaion on the pillage of trade union archives and libraries by the Deutsche Arbeitsfront (1938-1941) and on the fate of trade union documents in the postwar era. In: International Review of Social History, 38 (1993), S. 163-207

Roth, Karl Heinz: Sozialimperialistische Aspekte der Okkupationspolitik: Strategien und Aktivitäten der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF). In: Faschismus und Rassismus: Kontroversen um Ideologie und Opfer. Berlin: Akademie Verlag, 1992. S. 353-375

Roth, Karl Heinz; Ebbinghaus, Angelika: Vorläufer des „Generalplan Ost“: Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 1, S. 62-94

### **BERICHTE, KOMMENTARE UND REZENSIONEN**

Roth, Karl Heinz: Kollaboration mit den Achsenmächten 1939-1945 in Europa: Eine Fachtagung der Fondazione Luigi Micheletti in Brescia über das Quellenproblem. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 2, S. 128-131

[39:] Roth, Karl Heinz: „Vernichtung durch Arbeit“ in den nazistischen Konzentrationslagern. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 3, S. 117-120

Roth, Karl Heinz: Ein kurzes Jahrhundert. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 1, S. 7-11

Roth, Karl Heinz: Europa der „Völker“? Sozialstruktur und Perspektiven der neuen Rechten in Westeuropa. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 4, S. 7-10

Roth, Karl Heinz: Verklärung des Abgrunds: Zur nachträglichen „Revolutionierung“ des NS-Diktatur durch die Gruppe um Rainer Zitelmann. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 1, S. 7-11

comparativ: Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 2, S. 117-118

Fink, Carole: Marc Bloch: A live in history. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 2, S. 121-122

Kaienburg, Hermann: „Vernichtung durch Arbeit“: Der Fall Neuengamme. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 3, S. 106-110

Mommsen, Hans: Geschichte des Volkswagenwerks im Dritten Reich: Forschungsergebnisse. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 4, S. 123-127

### **Scheel, Klaus**

Scheel, Klaus: Die deutsche Besatzungspolitik und die Kollaboration in Norditalien 1943-1945: Konzepte und Praxis der Okkupanten. In: Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration, Gosen 5.-7. März 1992, Referate (1992)

Scheel, Klaus (Mitarbeit): Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945) / Bearbeitet und eingeleitet von Martin Seckendorf. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1992. 438 S. (Europa unterm Hakenkreuz: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus [1938-1945], Achtbändige Dokumentenedition; 6)

[40:] Scheel, Klaus: Die „Potsdamer Tageszeitung“, 86. Jahrgang – 1935: Eine Zeitung im dritten Jahr des Dritten Reiches. In: Brandenburg in der NS-Zeit: Studien und Dokumente. Berlin: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 1993. S. 113-139

Scheel, Klaus: Quellen zur Geschichte des nationalsozialistischen Rundfunks im „Sonderarchiv“ Moskau. In: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen, (1993) 4, S. 189-197

Scheel, Klaus: La satira contro Mussolini in Germania: Il Duce alla Berlina. In: Storia e Dossier, Firenze, (1993) 4, S. 52-57

Scheel, Klaus: Die Wissenschaftspolitik des deutschen Faschismus auf dem Wege in den Zweiten Weltkrieg. In: Wissenschaft unter dem NS-Regime / Hrsg. von Burchard Brentjes. Berlin [u. a.]: Peter Lang, 1992. S. 15-37

### **TAGUNGSBERICHTE UND REZENSIONEN**

Hass, Gerhart; Scheel Klaus: Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration (Tagungsbericht). In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1992) 11/12, S. 1062-1065

Scheel, Klaus: „Generalplan Ost“ und die Rolle des Sicherheitsdienstes der SS. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (1993) 10, S. 921-922

Scheel Klaus: Okkupation und Kollaboration im Zweiten Weltkrieg (Tagungsbericht). In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1992) 4, S. 132-135

Scheel, Klaus: Vom „Generalplan Ost“ zum „Europäischen Bürgerkrieg“: Zum SD-Hintergrund bei Planung und Realisierung. In: Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V., Bulletin (1993) 1, S. 16-19

Aly, Götz; Heim Susanne: Das zentrale Staatsarchiv in Moskau („Sonderarchiv“): Rekonstruktion und Bestandsverzeichnis verschollen geglaubten Schriftguts aus der NS-Zeit. Düsseldorf, 1992. In: IWK – Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, (1993) 3, S. 378 f.

Meldungen aus Münster 1924-1944: Geheime und vertrauliche Berichte von Polizei, Gestapo, NSDAP und ihren Gliederungen, staatlicher Verwaltung, Gerichtsbarkeit und Wehrmacht über die politische und gesellschaftliche Situation in Münster / Eingeleitet und bearbeitet von Joachim

Kuropka. Münster, 1992. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 2, S. 99-101

[41:] Tilitzky, Christian: Alltag in Ostpreußen 1940-1945: Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940-1945. - Leer, 1991. In: IWK - Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, (1993) 2, S. 253-254

### **Schwarz, Erika**

Pätzold, Kurt; Schwarz Erika: Tagesordnung Judenmord: Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942; Eine Dokumentation zur Organisation der „Endlösung“. 2. u. 3. Aufl. Berlin: Metropol-Verlag, 1992. (Dokumente, Texte, Materialien; 3)

„Wir verreisen...“: In die Vernichtung; Briefe 1937-1944 / Hrsg. von Hanne Hiob und Gerd Koller. Eingeleitet und mit Erläuterungen von Kurt Pätzold und Erika Schwarz. - Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1993

### **Seckendorf, Martin**

Seckendorf, Martin: Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 3, S. 10-33

Seckendorf, Martin: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn 1941-1945. Berlin; Heidelberg: Hüthig, 1992. 438 S. - (Europa unterm Hakenkreuz: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus [1938-1945], Achtbändige Dokumentenedition; 6)

Seckendorf, Martin: Die „Raumordnungsskizze“ für das Reichskommissariat Ostland vom November 1942 – Regionale Konkretisierung der Ostraumplanung. In: Der „Generalplan Ost“. Berlin: Akademie-Verlag, 1993. S. 175-197

## **REZENSIONEN**

Sohn-Rethel, Alfred: Industrie und Nationalsozialismus: Aufzeichnungen aus dem Mitteleuropäischen Wirtschaftstag. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, (1993) 2, S. 102-105

### **Umbreit, Hans**

Umbreit, Hans: Gemeinsamkeiten und Besonderheiten der deutschen Besatzungspolitik in den besetzten Ländern in Hinsicht auf die Rolle der Kollaboration und Praxis dieser Politik. In: Europa unterm Hakenkreuz: Okkupation und Kollaboration, Gosen 5.-7. März 1992, Referate (1992)

Umbreit, Hans: Das unbewältigte Problem: Partisanenkrieg im Rücken der Ostfront. In: Stalingrad: Ereignis, Wirkung, Symbol / Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hrsg. von Jürgen Förster. München: Piper, 1992. (Serie Piper; 1618). S. 130-150

Umbreit, Hans: Deutsche Herrschaft über Frankreich: Pläne und Methoden zur Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausnutzung des Landes 1940-1944. In: Von der Besatzungsmacht zur deutsch-französischen Kooperation = De la période d'occupation franco-allemande / Hrsg. von Joseph Jurt. Freiburg, 1993 S. 32-47

### **Walzl, August**

Walzl, August: „Als erster Gau ...“: Entwicklungen und Strukturen des Nationalsozialismus in Kärnten. - Klagenfurt: Carinthia, 1992. 381 S.: III.

### **Weißbecker, Manfred**

Weißbecker, Manfred: Auf der Anklagebank des Kalten Krieges: Erwin Eckert und der Düsseldorfer Prozeß gegen das „Westdeutsche Friedenskomitee“ 1959/60. In: Ärgernis und Zeichen: Erwin Eckert

– Sozialistischer Revolutionär aus christlichem Glauben. Bonn: Pahl-Rugenstein Verlag, 1993. S. 308-331

Weißbecker, Manfred: Fremden- und Feindbilder nach dem 30. Januar 1933 in Deutschland. In: 30. Januar 1933 - Kontinuitäten und Brüche. Wissenschaftliche Konferenz des „Helle Panke“ e. V., des antifa Bundes der Antifaschisten, des Gesellschaftswissenschaftlichen Forums e. V. und der Redaktion des „Neuen Deutschland“ am 23./24. Januar 1993, Teil II. Berlin: „Helle Panke“ zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V., 1993. S. 5-13

Weißbecker, Manfred: Die Geschichte der NSDAP – ein aktueller Gegenstand der Faschismusforschung. In: Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs, (1993) 5, S. 59-70

Weißbecker, Manfred: Lexikon-Beiträge zu NSDAP, Nationalversammlung und Weimarer Republik. In: Weimar: Lexikon zur Stadtgeschichte / Hrsg. von Gitta Günther, Wolfram Huschke und Walter Steiner. Weimar: Verlag Hermann Böhlaus Nachfolger, 1993. S. 321 f., 332 ff., 486

[43:] Weißbecker, Manfred: Der Ort des 30. Januar 1933 – Alte Schwierigkeiten und neue Hemmnisse im Umgang mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Jena: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., 1993. 28 S.

Weißbecker, Manfred: Paul Levi – Biographische und andere Gedanken zu seinem Weg“ in und zwischen den Parteien der deutschen Arbeiterbewegung. Jena: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V., 1993. 25 S.

Weißbecker, Manfred: Wahrheit und Irrtum in den Faschismusforschungen der DDR: Historiographische und andere Reminiszenzen. In: Deutsche Studien. Vierteljahresschrift der Deutschen Ostakademie Lüneburg, (1993) 116, S. 397-415

Weißbecker, Manfred: Wider die „Abwicklung“ des Antifaschismus. In: Droht uns ein neues '33%: Analysen zum heutigen Rechtsextremismus. Berlin: Edition Ost, 1993. S. 26-33

## **HERAUSGEBERSCHAFT**

1933-1993: Fragen an die deutsche Geschichte; Fragen an Wissenschaft und Politik im neuen Deutschland / Redaktionskollegium: Ludwig Elm, Gisela Kahl, Michael Wegner und Manfred Weißbecker. - Jena: Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e. V., 1993. 181 S.

## **Wieland, Günther**

Wieland, Günther (Ko-Autor): System der NS-Konzentrationslager 1933-1939. Berlin: Akademie-Verlag, 1993

## **REZENSIONEN:**

Bredemeier, Karsten: Kriegsdienstverweigerung im Dritten Reich: Ausgewählte Beispiele. Baden-Baden, 1991. In: Neue Justiz (1992) 5, S. 210

Recht und Rechtslehre im Nationalsozialismus: Ringvorlesung der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel / Hrsg. von Franz Jürgen Säcker. (Kieler rechtswissenschaftliche Abhandlungen: N.F.; 1). In: Neue Justiz (1993) 3

Wüllner, Fritz: Die NS-Militärjustiz und das Elend der Geschichtsschreibung: Ein grundlegender Forschungsbericht. Baden-Baden, 1991. In: Neue Justiz (1992) 8, S. 356

[44:]

## **Willems, Susanne**

Willems, Susanne (Mitarbeit): Die Verfolgung der Juden in Bochum und Wattenscheid: Die Jahre 1933 bis 1945 in Berichten, Bildern und Dokumenten (Autorenkollektiv) / Hrsg. von der Vereinigung



der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten, Kreisvereinigung Bochum. Bochum, 1993. (Schriftenreihe zur Antifaschistischen Geschichte Bochums; 4)

Willems, Susanne: Widerstand aus Glauben: Lothar Kreyssig und die Euthanasieverbrechen. In: Brandenburg in der NS-Zeit: Studien und Dokumente. Berlin: Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, 1993. S. 383-410

[45:]

## **BERLINER GESELLSCHAFT FÜR FASCHISMUS- UND WELTKRIEGSFORSCHUNG**

### **Jahreshauptversammlung 1994: Bericht des Vorstandes**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit unserer Jahreshauptversammlung 1993 (9. März) ist zwar erst ein knappes Jahr vergangen. Da laut unserer Satzung Geschäftsjahr der Gesellschaft und Kalenderjahr identisch sind, sollte künftig die Jahreshauptversammlung möglichst am Jahresanfang sein.

Ob es zweckmäßig ist, diese für einen eingetragenen Verein vorgeschriebene Versammlung mit einer wissenschaftlichen Jahreskonferenz zu verbinden, wird die Erfahrung zeigen. Wir berichten also über die Zeit vom März 1993 bis Februar 1994. Dies war zugleich das zweite Jahr der Tätigkeit unserer Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung.

#### **1. Wissenschaftliche und andere Veranstaltungen**

Die Gesellschaft hat seit April 1993 eine wissenschaftliche Konferenz, drei Vorträge mit Diskussion und ein Werkstattgespräch durchgeführt:

- am 1. Mai 1993 die Konferenz „Herrschaft und Alltag“ gemeinsam mit dem Projekt Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935-1945;
- am 8. Juni 1993 den Vortrag von Walter Struve aus New York über seine Forschungen zum Aufstieg und zur Herrschaft des NS in einer industriellen Kleinstadt, in Osterode am Harz;
- am 14. September 1993 das Werkstattgespräch mit Klaus Scheel und fünf weiteren Referenten über die deutschen Beuteakten in Moskauer Archiven;
- am 12. Oktober 1993 den Vortrag von Paul Heider über das Nationalkomitee Freies Deutschland und
- am 9. November den Vortrag von Kurt Pätzold über Judenmord und Kriegsaufwand.

Zweifellos war die Konferenz vom Mai 1993 der bisherige wissenschaftliche Höhepunkt der Tätigkeit der Gesellschaft. Sie erfüllte mehrere jener Ziele, die wir mit den wissenschaftlichen Veranstaltungen anstreben:

- Sie stellte neueste Forschungsergebnisse eines Projektes vor, die bisher weder in unserer Gesellschaft noch in Berlin näher bekannt waren.
- Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf einen wichtigen Gegenstand, auf die regionale Sozialgeschichte, die für die Sozialgeschichte des Faschismus unerlässlich ist, und verdeutlichte, daß sie über die Regionen hinaus wichtige und produktive Fragestellungen aufzuwerfen vermag.
- Sie verband die Rezeption und Erörterung empirischer Ergebnisse mit deren theoretischer Erörterung, mit der Debatte über die Tragfähigkeit ihrer Quellen und der Reichweite ihrer Resultate. Generell warf sie Probleme ihrer spezifischen Methodik und der Gefährdungen auf, die sowohl in einer Metropolenfixierung als auch in einer regionalistischer Beschränktheit liegen können.
- Sie bewies, daß selbst langjährig verfahrenene Kontroversen wie die zwischen Sozial- und Alltagsgeschichte durchaus produktiv aufgebrochen werden können.

[46:]

- Sie praktizierte eine Kooperation mit Forschern anderer Projekte, die wir gern auch für künftige Veranstaltungen wiederholen möchten.

- Die Verbindung der Behandlung von Ergebnissen empirischer Regionalforschung mit der kontroversen Erörterung grundsätzlicher Konzeptionen für eine Sozialgeschichte des deutschen Faschismus erwies sich als ein Vorteil. Die Erörterung kontroverser Ansätze bot Diskussionsmöglichkeiten, die bei weitem nicht entfaltet oder ausgeschöpft werden konnten.
- Generell kann die Art und Weise der Kritik und Polemik in der kontroversen Diskussion, die zugleich Erkenntnis und Freude brachte, durchaus für ein gutes und produktives Beispiel von Streitkultur gelten.
- Schließlich verdeutlichte sie nachhaltig, wie unentbehrlich sozialhistorische und regionalgeschichtliche Untersuchungen gerade für so zentrale Gebiete der Faschismusforschung wie des Terror systems oder der Sozialpolitik sind.

Bei allen diesen Vorzügen darf nicht übersehen werden, daß unsere Gesellschaft die Konferenz nur gemeinsam mit dem Projekt Widerstand und Verweigerung im Saarland veranstalten konnte, dessen Anteil tragend auch dort war, wo seine Resultate und Positionen auf Kritik stießen, und daß die kontroversen Referate von Alf Lüdtkke und Karl Heinz Roth die Basis für eine grundsätzliche Debatte boten. Besonders Gerhard Paul, Alf Lüdtkke und Karl Heinz Roth sei an dieser Stelle für ihre Beiträge zur Konferenz noch einmal herzlich gedankt.

Daß nur ein Mitglied der Gesellschaft auf dieser Konferenz referierte, muß kein Nachteil sein, streben wir doch an, unsere wissenschaftlichen Veranstaltungen keineswegs nur mit eigenen Referenten zu gestalten. Doch zugleich verdeutlicht dieser Sachverhalt, daß unsere Basis für solche Veranstaltungen noch zu bescheiden ist. Hinzu kommt, daß sich in diesem Falle auch die Schwäche der Sozialgeschichtsforschung zum Faschismus in der DDR zeigt.

Ein Bericht über diese Konferenz ist im Bulletin 2/1994 abgedruckt, er wird auch in der Zeitschrift Gesellschaft-Erziehung-Politik erscheinen. Auf der Basis der Referate und Diskussionsbeiträge der Tagung wird gegenwärtig ein Band vorbereitet. Erfreulicherweise hat sich eine Reihe von Teilnehmern bereit erklärt, ihre Diskussionsbeiträge für diesen Band auszuarbeiten. Außerdem sollen vergleichbare Studien über andere Regionen aufgenommen werden, so über Kärnten von unserem Mitglied August Walzl und über Osterode von Walter Struve.

Mit dem Vortrag von Walter Struve konnten wir unsere Absicht, jüngste Ergebnisse der Forschung von Kollegen auch aus anderen Ländern vorzustellen, erstmals verwirklichen. Alle anderen wissenschaftlichen Veranstaltungen des Jahres wurden von unseren Mitgliedern gestaltet.

Mit dem von Klaus Scheel vorbereiteten und gestalteten Werkstattgespräch eröffnete die Gesellschaft eine bisher neue Linie ihrer Veranstaltungen: Es ging nicht um Forschungsprobleme oder theoretische Streitpunkte, sondern um die Information über Archivquellen und Arbeitsinstrumente des Historikers auf unserem Gebiet. Die große Teilnehmerzahl und das rege Interesse an den Informationen belegen, daß hier ein verbreitetes Bedürfnis besteht. Mit den geplanten Veranstaltungen über das NS-Archiv des MfS sowie über die Zentralstelle Ludwigsburg möchten wir dem Werkstattgespräch vom September ähnliche folgen lassen.

Gute Resonanz fand auch der Vortrag von Paul Heider über das Nationalkomitee Freies Deutschland, nicht zuletzt bei einigen ehemaligen Angehörigen des NKFD. Mit diesem Thema wurde ein Problem der Weltkriegsforschung, dessen Implikationen sehr weit in die Nachkriegsgeschichte reichen, aufgegriffen. Die offene, problembewußte, Konfliktfelder und Handlungsspielräume scharf zeichnende Erörterung regte eine lebhaftige Diskussion an.

Mit dem Thema des genau am Jahrestag des faschistischen Novemberpogroms gehaltenen Vortrages von Kurt Pätzold über Judenmord und Kriegseinsatz wurde ein Problemkomplex thematisiert, der nicht nur in den aktuellen Auseinandersetzungen gegensätzlich bestimmt wird, daher nicht nur in der Destruktion alt-neuer Legenden Resonanz fand, sondern die Gesellschaft wohl noch künftig beschäftigen wird: der historische Stellenwert des Völkermords an den europäischen Juden innerhalb des deutschen Faschismus - sowie im Zusammenhang damit auch die Stellung der Forschung über die Verfolgung und Vernichtung der Juden in der Gesamtheit der Faschismusforschung.

Unsere Veranstaltungen waren öffentlich. Ihr wissenschaftlicher Charakter, ihre thematische Spezifik und ihr Anspruch zielen auf Teilnehmer, die an wissenschaftlichen Forschungsergebnissen und Kontroversen zu diesen Gegenständen interessiert sind und mit Sachkenntnis Anteil nehmen. Doch wir erreichen von diesem Personenkreis in und um Berlin bisher noch zu wenige.

Etwas anders sah es mit den zwei Buchpremierer aus, die unsere Gesellschaft 1993 durchführte:

– am 1. April 1993 wurde im Kreiskulturhaus Mitte der Band 7 der Reihe „Europa unterm Hakenkreuz“ vorgestellt. Außer dem Bandautor Fritz Petrick nahmen Frau Dörte Putensen aus Greifswald und Robert Bohn aus Kiel teil, die Moderation lag bei Werner Röhr;

am 26. Oktober 1993 wurde im Club Spittelkolonnaden der Band „Der ‚Generalplan Ost‘“ vorgestellt, Gesprächspartner waren die Autoren Karl Heinz Roth aus Hamburg, Dietrich Eichholtz und Martin Seckendorf aus Berlin, es moderierte ebenfalls Werner Röhr.

Beide Buchpremierer waren gut besucht, auch von Teilnehmern, die die monatlichen wissenschaftlichen Veranstaltungen nicht besuchen.

Wir schlagen vor, auch im bevorstehenden Jahr den monatlichen Rhythmus der wissenschaftlichen Veranstaltungen der Gesellschaft beizubehalten und sie je nach Kraft und Gelegenheit durch weitere oder speziellere zu ergänzen. Für die Bildung von Arbeitskreisen oder anderen Zirkeln im Rahmen der Gesellschaft ist zur Zeit noch keine ausreichende Grundlage vorhanden. Allerdings sollten wir prüfen, ob wissenschaftliche Forschungsprojekte nicht unter dem Dach der Gesellschaft erarbeitet werden können, sofern sich dafür Sponsoren finden lassen.

Was die monatlichen Vorträge und Werkstattgespräche angeht, so schlagen wir vor, im kommenden Jahr die Proportion zwischen Referenten aus unseren Reihen und Gastreferenten nach Möglichkeit ein wenig zugunsten letzter zu verschieben, als Orientierung aber folgende drei Punkte beizubehalten:

[48:]

1. Zunächst geht es in den Veranstaltungen darum, Forschungsgegenstände, Forschungsergebnisse, Projekte und Forschungsprobleme unserer Mitglieder in Vorträgen und Werkstattgesprächen vorzustellen und zu debattieren.

2. Verstärkt streben wir an, daß Vertreter anderer Forschungsprojekte und -richtungen ihre Vorhaben, Ergebnisse und Probleme bei uns vortragen und diskutieren lassen. Die Möglichkeit dazu ist durch die finanziellen Voraussetzungen natürlich beschränkt.

3. Dabei soll perspektivisch noch stärker versucht werden, bestimmte, für unsere Gegenstände zentrale, grundlegende und integrative Fragestellungen auszuwählen und thematisch zu behandeln. Dazu wären besonders die wissenschaftlichen Jahreskonferenzen geeignet.

Im abgelaufenen Jahr haben wir es weniger als im vorigen vermocht, Berichte über unsere wissenschaftlichen Veranstaltungen in Fachzeitschriften zu publizieren. Dies liegt entscheidend daran, daß wir selbst den Zeitschriften keine entsprechenden Texte angeboten haben. Für wichtige Veranstaltungen sollten wir dies aber weiterhin anstreben. Allerdings kann das auf die Dauer nur erfolgreich sein, wenn nicht nur drei Kollegen solche Texte schreiben. Wir bitten alle Mitglieder, die dazu bereit sind und entsprechende Vorschläge haben, sich an Frau Dr. Berlekamp zu wenden.

Für das nächste Halbjahr möchten wir gern zwei Informationsveranstaltungen über die Zentralstelle Ludwigsburg bzw. das NS-Archiv des MfS durchführen, des weiteren Vorträge bzw. Werkstattgespräche zu zwei Teilprojekten aus der vergleichenden Okkupationsforschung: Über das Leningrader Gebiet und über die Rolle der Kollaboration in der Okkupationspolitik. Wir planen weiterhin, den Forschungsansatz von Gerhard Baader über Nationalsozialismus und Rassenhygiene vorzustellen.

Wir bitten alle Mitglieder, ihre Wünsche und Vorschläge für Veranstaltungen der Gesellschaft mitzuteilen, insbesondere auch Hinweise, welche ihrer Publikationen wir öffentlich vorstellen sollten. Außerdem bitten wir um Vorschläge für das Thema der Jahreskonferenz 1995 (Januar/Februar).

## 2. Zur Mitgliederentwicklung

Die im ersten Jahr unserer Tätigkeit zu verzeichnende Entwicklung der Mitgliederzahl hat sich fortgesetzt, wenn auch längst nicht mehr so rasant. Eine Mitgliederliste mit dem Stand vom 15. Januar 1994 erhalten alle Mitglieder. Der Gesellschaft gehörten an diesem Tage 28 Mitglieder an, also 5 mehr als vor einem Jahr. Weitere Kollegen haben ihr Interesse an einer Mitgliedschaft geäußert. Von diesen 28 Mitgliedern sind 21 aus Berlin, Potsdam oder Umgebung. Für unsere Kollegen aus Hamburg, Freiburg, Greifswald, Jena, Graz, Bochum und Klagenfurt ist es schwierig, an den Veranstaltungen und an der Tätigkeit der Gesellschaft hier in Berlin aktiv teilzunehmen. Doch gerade von ihnen nehmen manche sehr aktiv Anteil und haben bereits mehrere Veranstaltungen gestaltet bzw. mitgetragen. Unter den Kollegen aus Berlin und Potsdam befinden sich drei Mitglieder, die sich nur finanziell an unserer Tätigkeit beteiligen.

[49:] Für eine produktive Entwicklung und eine wirkungsvollere Tätigkeit unserer Gesellschaft aber sind wir noch zu wenige. Dabei ist es nicht allein die absolut zu geringe Zahl, sondern die nicht ausreichende Zahl der Mitglieder aus Berlin und seiner Umgebung. Wir müssen Augenmerk und Anstrengung *aller* Mitglieder darauf richten, diesen Zustand zu verändern und insbesondere die Kooperation mit Kollegen an den vier Universitäten in unserer Nähe, aber auch an den anderen thematisch verwandten Instituten und Einrichtungen selbst aktiver zu suchen. Es geht dabei nicht nur darum, Teilnehmer unserer Veranstaltungen oder künftige Mitglieder zu gewinnen, sondern auch und zunächst Kollegen als Referenten. Wie bereits vor einem Jahr gesagt, möchten wir bei Wissenschaftlern, die über uns verwandte Gegenstände arbeiten, Interesse an unserer Gesellschaft wecken und richten unsere Absicht darauf,

- erstens jene Historiker-Kollegen heranzuziehen, die uns bereits aus früheren Projekten bekannt sind, bzw. von denen uns bekannt ist, daß sie nach wie vor an solchen Forschungsthemen arbeiten bzw. interessiert sind;
- zweitens jene Teilnehmer an unseren Veranstaltungen als Mitglieder zu gewinnen, die sie regelmäßig besuchen und ihnen aktiv Interessen entgegenbringen;
- drittens die Kommunikation mit jenen Kollegen zu verbessern oder herzustellen, die an gleichen oder verwandten Themen arbeiten.

Wir sollten uns noch stärker bemühen, Forscher zum antifaschistischen Widerstand und zu faschistischen Bewegungen der Gegenwart zu gewinnen und uns an die vier Universitäten und dort vor allem an die jüngeren Kollegen zu wenden.

## 3. Zur Rechts- und Finanzsituation

In diesem Jahr ist uns vom Finanzamt für Körperschaften der Status der Gemeinnützigkeit zuerkannt worden, zunächst für drei Jahre. Damit kann jede Spende an uns von der Steuer abgesetzt werden, die Mitgliedsbeiträge ebenfalls. Wir bitten alle Mitglieder, nach möglichen Spendern – auch kleinerer Summen – mit Ausschau zu halten.

Bisher hat aber der Status der Gemeinnützigkeit noch nicht zu einem Umschlag in der Finanzsituation der Gesellschaft geführt, d. h. wir finanzieren uns bisher ausschließlich aus Beiträgen. Der Vorstand hat sich in diesem Jahr an rund drei Dutzend in Berlin vertretene Banken mit der Bitte um finanzielle Unterstützung gewandt, doch von allen eine Absage erhalten. Trotz einer Schulung unserer Finanzverantwortlichen sind wir über die rechtlichen Möglichkeiten, nicht als Bittsteller, sondern als Antragsberechtigte öffentliche Mittel zu erhalten, nach wie vor nicht ausreichend informiert.

## 4. Kooperationen und Kommunikationen

An der vor einem Jahr geschilderten Situation hat sich nur wenig geändert. Allerdings erhalten wir jetzt regelmäßig Programme und Informationen einiger Einrichtungen, so des Aktiven Museums Faschismus und Widerstand, der Hellen Panke und anderer. Ein Versand unserer Halbjahresprogramme an verschiedene Vereine hat sich nicht als wirksam erwiesen, dagegen hat die Ver-[50:]öffentlichung von Halbjahresprogrammen in den historischen Fachorganen und eine Ankündigung in der

Tagespresse eine Reihe von Teilnehmern zu uns geführt. Sie sollte auf weitere Tageszeitungen ausgedehnt werden und wir bitten um Vorschläge, wer das z.B. für welche Zeitung übernehmen könnte. Wichtig erscheint es auch, die Halbjahresprogramme in den Universitäten, in der Gedenkstätte und anderen Einrichtungen sowie in den großen wissenschaftlichen Bibliotheken auszuhängen.

Es ist uns auf der Mai-Konferenz und danach leider nicht gelungen, die Teilnehmer auf unser Bulletin aufmerksam zu machen, bzw. eine Information über die Bezugsmöglichkeit in der Presse zu plazieren. Das Bulletin sollte bei unseren Veranstaltungen zum Kauf ausliegen und in der Presse über die Bezugsmöglichkeit informiert werden. Denn es hat sich mehrfach gezeigt, daß es in der Information über unsere Gesellschaft erheblich besser wirkte als unsere vorherigen Schreiben. Wir sollten daraus den Schluß ziehen, Kommunikationen und Kooperationen stärker über den Austausch von Materialien, Publikationen etc anzustreben und zu nutzen. Wir bitten alle Mitglieder, mögliche Interessenten auf das neue Bulletin 2/1994 hinzuweisen.

Allerdings bleiben Kontakte, Kommunikationen und Kooperationen dürftig, wenn sie nur vom Vorstand und von einigen Mitgliedern gesucht und für die Gesellschaft wahrgenommen werden. Deshalb möchten wir an dieser Stelle noch einmal alle Mitglieder bitten

- ihre Vorträge, Podiumsdiskussionen, Konferenzteilnahmen etc. zu nutzen, um auf Existenz und Tätigkeit der Gesellschaft aufmerksam zu machen, dort selbst als ihr Mitglied oder ihr Vertreter aufzutreten und bei Gelegenheit auch anzustreben, die Gesellschaft offiziell dann als Mitveranstalter auszuweisen, wenn ein Mitglied die Veranstaltung wesentlich trägt;
- ihre persönlichen Kontakte zu nutzen, um Referenten und Teilnehmer für unsere Veranstaltungen zu werben;
- sie erreichende Informationen, die für alle Mitglieder oder die Gesellschaft von Bedeutung sein könnten, weiterzugeben.

## **5. Vorstandstätigkeit**

Der Vorstand hat im abgelaufenen Jahr regelmäßig getagt und sich neben der Planung und Organisation der Veranstaltungen, die Vorrang hatten, laufend vor allem mit jenen Problemen beschäftigen müssen, die wir bisher noch nicht lösen konnten:

- mit der Frage der Erschließung von Finanzquellen und der Zuerkennung des Rechtsstatus der Gemeinnützigkeit;

mit den Möglichkeiten und Schwierigkeiten, die Mitgliedschaft der Gesellschaft und den Teilnehmerkreis unserer Veranstaltungen grundsätzlich zu erweitern und insbesondere Beziehungen zu den Universitäten aufzunehmen bzw. zu entwickeln;

- mit der Aufnahme und dem Ausbau von Kooperationsbeziehungen zu anderen Gesellschaften, Zeitschriften und Verlagen.

[51:]

## **6. Nächste Aufgaben**

1. Vorrang hat das Veranstaltungsprogramm, mit der Auswahl von Themen und Referenten, mit der Gestaltung von Veranstaltung mit einem hohen Informationsgehalt, theoretischem Anspruch, lebendiger Diskussion und wissenschaftlicher Streitkultur.

2. Unentbehrlich ist die Erschließung von Finanzquellen für die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft, d. h. auch für die räumlich-gegenständlichen Voraussetzungen unserer Tätigkeit, für wissenschaftliche Veranstaltungen mit Gästen von außerhalb sowie für die Publikationsvorhaben der Gesellschaft.

In diesem Jahr hat Frau Dr. Piesche selbständig und verantwortungsbewußt die laufenden finanziellen Fragen der Gesellschaft erledigt. Dadurch sind die Vorstandsmitglieder wesentlich entlastet worden. Sie wird auch den separaten Finanzbericht erstatten. Wir danken Frau Dr. Piesche sehr herzlich dafür!

3. Die Mitgliederbasis der Gesellschaft muß erweitert werden, und die Beziehungen zu verwandten Einrichtungen müssen weiter ausgebaut werden.

4. Bestimmte regelmäßige Aufgaben müssen möglichst dadurch gelöst werden, daß ein Mitglied, sei es im Vorstand, sei es außerhalb, sie verantwortlich übernimmt. Die Gesellschaft braucht dringend einen Schriftführer und einen Verantwortlichen für die Öffentlichkeitsarbeit. Perspektivisch wollen wir versuchen, über eine Finanzierung durch das Arbeitsamt einen bezahlten Geschäftsführer einzusetzen.

Berlin, den 15. Januar 1994